

Kiessl, Thomas et al.

Article

ifo Branchen-Dialog 2004

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kiessl, Thomas et al. (2004) : ifo Branchen-Dialog 2004, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 57, Iss. 22, pp. 13-35

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164119>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Am 26. Oktober 2004 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zum vierten Mal den »Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklungen in der Industrie, der Bauwirtschaft, im Groß- und Einzelhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungssektoren. Die Ergebnisse wurden in einem ausführlichen Tagungsband dokumentiert. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht.

Mit seinen Begrüßungsworten ging der Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, Dr. Reinhard Dörfler, kurz auf die aktuelle konjunkturelle Lage in Deutschland ein. Er äußerte vor dem Hintergrund der Prognose für 2005 im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie den Ergebnissen der eigenen Konjunkturumfrage die Sorge, dass die Wirtschaft in den nächsten Monaten bereits wieder auf der Stelle treten, der Aufschwung seinen Zenit vielleicht sogar schon überschritten haben könnte. Er wies darauf hin, dass die bekannten Zyklusmuster an Gültigkeit verlieren und die weltwirtschaftliche Dynamik nicht mehr wie bisher auf die Binnenkonjunktur überspringt. Die Verringerung der Fertigungstiefe und die Verlagerung von Wertschöpfung ins Ausland wirken bremsend auf die Investitionstätigkeit und die Erholung erreiche nicht mehr wie früher den Arbeitsmarkt. Darum, so sein Appell, dürfe es eine Reformpause bis zur nächsten Bundestagswahl nicht geben (Steuerreform, Senkung der Lohnzusatzkosten, Deregulierung des Arbeitsmarktes). Nachdenklich stimmen müsse zum Beispiel der Vergleich des Lohnkostenindikators (einschl. Lohnzusatzkosten) von 100 zu 56 zwischen den Opel-Werken in Bochum und Rüsselsheim einerseits und Trollhättan (Schweden) andererseits. Reformen auf dem Arbeitsmarkt reichen aber nicht aus, um den Standort Deutschland für Investoren wieder attraktiver zu machen. Vielmehr müssten wir uns auch dem weltweiten Wettbewerb bei den Innovationen stellen, d.h. die Politik müsse die entsprechenden Weichenstellungen vor allem bei der Forschungs- und Bildungspolitik noch entschlossener angehen, damit unsere Unternehmen die Chancen der Globalisierung nutzen könnten.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und der Welt – Wettbewerbsposition im weltweiten Kontext

Der erste Teil des Branchen-Dialogs stand im Zeichen einer kritischen Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage durch den Präsidenten des ifo Instituts, Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn. Aus der Tatsache, dass die Weltwirtschaft boomt wie seit 1976 nicht mehr, wir aber in unserer Binnenwirtschaft kaum etwas davon bemerken, schließt Sinn, dass wir kein nachfragebedingtes Konjunkturproblem, sondern ein strukturelles Problem haben, ein Angebotsproblem durch verkrustete Strukturen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Eine Nachfrigestimulierung würde nur geringe Effekte erzeugen.

Sinn erläutert zunächst die derzeitige Phase der Weltwirtschaft an Hand des vom ifo Institut ermittelten Weltkonjunkturindikators (World Economic Survey¹). Der Indikator erreichte nach dem Anschlag auf das World Trade Center (2001) seinen bisher niedrigsten Wert. 2002 kam es dann zu einer Erwartungsblase, seit Herbst

¹ Im Juli 2004 hat das ifo Institut zum 85. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« (WES) bei 1 178 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 89 Ländern durchgeführt. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt. Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur quantitativ ausgerichteten amtlichen Statistik werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Unternehmen und Wirtschaftsexperten – abgefragt. Die wichtigsten Merkmale des WES sind hohe Aktualität und gute internationale Vergleichbarkeit.

2003 aber haben wir einen echten Aufschwung. 2004 wurden schon in drei Quartalen hintereinander sehr hohe Indikatorwerte ermittelt. Dabei hat sich zuletzt allerdings nur die Lagebeurteilung weiter verbessert, während die Erwartungen jetzt schon zweimal hintereinander etwas niedrigere Werte im positiven Bereich anzeigten. Sinn schließt daraus, dass der Boom allmählich wieder abflaut, d.h. dass die Wachstumsraten der Weltwirtschaft wieder etwas geringer ausfallen werden. Die Prognosewerte der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, die das Wachstum der Weltwirtschaft für 2004 auf 5,0% – dem höchsten Wert seit 28 Jahren – und für 2005 auf 4,3% beziffern, sind darum plausibel.

Die mit Abstand am stärksten wachsende Region ist China. Bei dem großen Gewicht dieses Landes beeinflusst China die Weltwirtschaft in besonderer Weise, und dieser Faktor wird die Entwicklung auch in Zukunft prägen. Allerdings verschlechterte sich zuletzt die wirtschaftliche Lagebeurteilung in China schon zweimal hintereinander stark (bei wenig veränderten Erwartungen). Die Ursache hierfür ist in restriktiven Maßnahmen der Regierung zu sehen, die versucht, eine Überhitzung zu vermeiden. Vor allem dies erklärt die Erwartung einer leichten Abschwächung des weltwirtschaftlichen Wachstums im nächsten Jahr.

Hinzu kommt, dass das Budget-Defizit in den USA, das die Nachfrage in den letzten Jahren erheblich stimulierte, etwas verringert wird. Auch das Anheben der lange Zeit sehr niedrigen Zentralbankzinsen in den USA wird sich bremsend auf die Konjunkturentwicklung auswirken.

Auch von den hohen Rohölpreisen, die nominal wieder das Niveau von Anfang der achtziger Jahre erreichten, gehen bremsende Wirkungen aus. Es gibt aber einen Unterschied zu den früheren Ölpreiskrisen: Die früheren Krisen waren angebotsseitig verursacht, während der derzeitige Ölpreisanstieg nachfragebedingt ist, was lediglich einen Reflex auf das starke Wachstum der Weltwirtschaft darstellt.

Westeuropa wird voraussichtlich in diesem Jahr auf ein BIP-Wachstum von 1,9% und 2005 auf eines von 2,0% kommen (Euroraum). Im Gegensatz zu den USA (2004: 4,4%) und zu Japan (2004: 4,3%) macht Europa bei diesem stürmischen weltwirtschaftlichen Wachstum kaum mit. Und unter den Europäern fällt Deutschland (2004: 1,8%, 2005: 1,5%) weiter zurück. Denn Deutschland hat ein Sonderproblem, es steckt in einer großen Krise, einer Krise von einer Dramatik und einem Ausmaß, wie wir sie seit der Nachkriegszeit noch nicht gehabt haben. Den Hintergrund dafür bilden fünf sich überlagernde ökonomische Änderungen:

- die Globalisierung,
- der Europäische Binnenmarkt,

- die Einführung des Euro,
- die Osterweiterung der EU,
- die deutsche Vereinigung.

Alle sind zu begrüßen und haben ihre historische Notwendigkeit, stellen aber Deutschland vor große Herausforderungen. Denn einige dieser Schocks bilden spezifische Veränderungen zum Nachteil der deutschen Wettbewerbsfähigkeit bzw. mehr zum Vorteil anderer Volkswirtschaften: Die relative Position Deutschlands hat sich dadurch verschlechtert, dass der Euro den deutschen Firmen den Vorteil niedriger Zinsen nahm, dass der Binnenmarkt den deutschen Firmen den Vorteil des größeren Marktes relativ zu den vielen kleinen Ländern einschränkte und dass mit der Vereinigung ein deutsches Sonderproblem zu schultern war.

Die derzeitige konjunkturelle Situation in Deutschland erläutert Sinn mit Hilfe der ifo Konjunkturuhr, die in einem Diagramm aus der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage (auf der horizontalen Achse) und der Geschäftserwartungen (auf der vertikalen Achse) die aktuelle Situation einem Phasenfeld im Konjunkturzyklus (Aufschwung, Boom, Abschwung, Rezession) zuordnet. Nachdem die Entwicklung 2003 das Feld der Aufschwungsphase durchlaufen hat, wurde sie auf dem Weg in das Boomfeld vorerst gebremst.

Das für 2004 geschätzte Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8%, das bereinigt um die Arbeitstage nur einer Rate von 1,3% entspricht, ist ebenso unzureichend wie der für 2005 geschätzte Zuwachs von 1,5%. Hieraus wird deutlich, dass dem derzeitigen Aufschwung die Dynamik früherer Aufschwünge fehlt. Denn das einzige, was läuft, ist der Export, der 2004 um gut 10% steigt. Der private Konsum zeigt dagegen kein Wachstum, die Bauinvestitionen (– 1,7%) schrumpfen erneut stärker als erwartet. Problematisch sind vor allem die Investitionen in Ausrüstungen, die für 2004 auf – 0,2% geschätzt werden. In einem Aufschwung müssten diese eigentlich in einer Größenordnung von 8% wachsen. Davon ist auch die Schätzgröße für 2005 (4,2%) noch weit entfernt. Das derzeitige Wachstum ist somit allein auf die Beteiligung der deutschen Wirtschaft am weltweiten Boom zurückzuführen.

In einem Wachstumsvergleich der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Variablen (BIP, Privater Konsum, Ausrüstungsinvestitionen, Bauinvestitionen, Beschäftigung, Export) zwischen den großen Ländern des Euroraums, zeigt sich für die Jahre von 2000 bis 2004, dass Deutschland im Wachstum bei allen Variablen, außer beim Export, den unteren Rand bildet. Nur beim Wachstum der Exporte markiert Deutschland den oberen Rand. Sinn: »Die Exporte

sind ein Wunder, könnte man meinen, im Vergleich zu den anderen.« Deutschland ist nach wie vor sehr stark im Export und Vize-Exportweltmeister nach den USA, bei den Warenexporten ist Deutschland sogar Weltmeister (2003). Die USA kommen jedoch auf einen wesentlich größeren Dienstleistungsexport. Auch Großbritannien, das wesentlich weniger Waren ausführt, liegt bei den Dienstleistungsexporten in der gleichen Größenordnung wie Deutschland.

Die boomenden Exporte der deutschen Wirtschaft bei miserabilem Wachstum und schwachem Arbeitsmarkt charakterisiert Sinn als Rätsel, als Wettbewerbsrätsel. Die Lösung des Rätsels liegt darin, dass sich immer mehr Wertschöpfung aus Deutschland heraus verlagert (Basarökonomie). Eine Basarökonomie ist eine Ökonomie, die die Welt mit hervorragenden Waren beliefert, die die Ingenieure dieses Landes erfunden haben mögen, die aber zu wesentlichen Teilen in anderen Ländern erzeugt werden. Deutschland ist keine Basarökonomie, aber es gibt eine Reise in Richtung auf eine Basarökonomie. Das Phänomen ist, dass die deutschen Firmen wettbewerbsfähig bleiben, weil sie sich durch Outsourcing und Offshoring kostenmäßig absichern können, dass aber die deutschen Arbeitnehmer nicht mehr wettbewerbsfähig sind. 4,5 Mill. Deutsche sind arbeitslos, 4,5 Mill. sind nicht mehr wettbewerbsfähig.

Die deutsche Großindustrie stellte sich bereits in den achtziger Jahren in Asien auf und verlagerte arbeitsintensive Teile der Vorproduktionskette dorthin, und der Mittelstand folgt diesem Beispiel mittlerweile durch Verlagerungen vor allem nach Osteuropa. 60% der mittelständischen Unternehmen in Deutschland haben bereits Standorte außerhalb der alten EU begründet. Nach der Direktinvestitionsstatistik der Deutschen Bundesbank sind bereits 4 Mill. Arbeitsplätze von deutschen Unternehmen im Ausland geschaffen worden. Das ist ein Prozess mit hoher Dramatik, der schon seit Mitte der neunziger Jahre eingesetzt hat. Um den europäischen Markt zu bedienen, muss man nicht in Deutschland, sondern kann auch in Osteuropa investieren.

Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung hat sich von 30% in den achtziger Jahren bis Mitte der neunziger Jahre um 8 Prozentpunkte verringert. Seit 1995 wird der Anteil zwar nicht mehr kleiner, dafür kommt es innerhalb der Industrie zu einer deutlichen Verringerung der Fertigungstiefe: Der reale Produktionswert hat von 1995 bis 2003 um 18% zugenommen, die reale Wertschöpfung nur um 5%. 13% der industriellen Produktion sind also nicht durch die eigene Wertschöpfung erklärt, und das ist Outsourcing und Offshoring.

Diese Verlagerungen der Wertschöpfung können in andere inländische Sektoren oder ins Ausland erfolgen. Von 1995 bis 2003 nahm dabei in der deutschen Industrie der Zuwachs der Vorleistungen aus anderen inländischen Sektoren nur wenig stärker zu als die Produktion, die realen Vorleistungsimporte stiegen jedoch mit 45% mehr als doppelt so stark wie der Produktionswert an. Die Verlagerungen an Wertschöpfung erfolgten also zum größten Teil zugunsten der importierten Vorleistungen. Die industrielle Beschäftigung ging in dieser Zeit um 9% zurück. Von dem Produktionszuwachs der deutschen Industrie zwischen 1995 und 2003 sind nur 11% aus der Steigerung der eigenen Wertschöpfung, 38% aus der Zunahme der von anderen inländischen Sektoren bezogenen Vorleistungen und 51% aus dem Anstieg der aus dem Ausland bezogenen Vorleistungen zu erklären. Vier Fünftel der Verringerung der Fertigungstiefe der deutschen Industrie, die in dieser Zeit zu beobachten war, ist zurückzuführen auf Outsourcing und Offshoring ins Ausland, ein Fünftel auf ein inländisches Outsourcing in andere Sektoren. Diese Prozesse laufen auch in anderen europäischen Ländern ab, aber in Deutschland war der Rückgang des Wertschöpfungsanteils im verarbeitenden Gewerbe – von hohem Niveau ausgehend – stärker ausgeprägt als z.B. in Frankreich, Italien und der EU insgesamt. Deutschland bewegt sich damit schneller in Richtung einer Basarökonomie als andere Länder.

Die Frage ist, so Sinn, wie dieser Prozess zu bewerten ist. Dazu gibt es eine Reihe von Stellungnahmen. So wird z.B. darauf verwiesen, dass diese Entwicklung gut sei, wenn sie einhergehe mit der Schaffung eines Außenhandelsüberschusses: Durch einen positiven Saldo aus Ex- und Import würden Wohlfahrtsgewinne entstehen. Dagegen ist einzuwenden, dass ein Außenhandelsüberschuss (Kapitalexport) per se nichts Positives ist. Derartige Prozesse sind a priori weder positiv noch negativ anhand ihrer Vorzeichen zu beurteilen. Ein anderer Aspekt ist die Stabilisierung des Wertschöpfungsanteils der deutschen Industrie am BIP in Verbindung mit der Verringerung der Fertigungstiefe, d.h. dass durch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit infolge der Verringerung der Fertigungstiefe der Wertschöpfungsanteil gehalten werden konnte. Aber auch das sagt nichts über Wohlfahrtseffekte aus, denn eine solche sektorale Verschiebung kann man zwar analysieren, sie ist aber nicht a priori gut.

Die entscheidende Variable, um allokativ zu beurteilen, was hier stattfindet, und diesbezüglich ein Werturteil zu fällen, ist der Arbeitsmarkt. Nur der Arbeitsmarkt erlaubt es zu prüfen, ob die gewünschten Effekte (Wohlfahrtsgewinne) durch bestimmte Außenhandelsmodelle auch vorliegen. In der Realität sieht es in Deutschland so aus, dass die Arbeitskräfte, die in der Industrie durch Outsourcing freigesetzt werden, weniger in die Dienstleistungsproduktion

gehen, sondern größtenteils zum Sozialstaat: So wanderten von den 1,9 Mrd. Arbeitsstunden, um die das Arbeitsvolumen im verarbeitenden Gewerbe von 1995 bis 2003 verringert wurde, nur 290 Mill. in den Dienstleistungssektor, der Rest landete beim Sozialstaat, in der Arbeitslosigkeit. Das ist das Problem.

Und das macht auch die Beurteilung des Outsourcingprozesses so schwierig. Denn Outsourcing ist ein Prozess, der prinzipiell positiv zu bewerten ist, im Sinne einer Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung, aber dieser Prozess geht in Deutschland viel zu schnell. Er schießt über sein Optimum hinaus. Es geht also nicht um die Aussage, Outsourcing ist gut oder Outsourcing ist schlecht, sondern darum, dass etwas, das grundsätzlich gut ist, übertrieben wird. Und dass es übertrieben ist, sieht man daran, dass in der Industrie zu viele Arbeitsplätze verloren gehen und in den anderen Sektoren zu wenig neu entstehen, so dass per saldo die Arbeitslosigkeit zunimmt. Dieses Muster haben wir nicht erst seit 1995, es begleitet uns im Grunde schon seit 1970, denn seitdem ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland angestiegen, und zwar in drei Zyklen, wobei es immer stärker nach oben als danach wieder nach unten ging. Dass der Outsourcingprozess zu schnell abläuft, liegt daran, dass die Löhne zu hoch sind, und die Löhne sind zu hoch, weil wir zum einen durch das Tarifrecht zu wenig Flexibilität haben und zum anderen durch die Lohnkonkurrenz des Sozialstaats künstlich eine untere Schranke in das ganze Tarifgefüge einziehen, was die Reaktion der deutschen Wirtschaft auf die Kräfte der Globalisierung verhindert.

Dialog zwischen Politik und Wirtschaft: Innovationsoffensive Deutschland

Thomas Kiessl

Im Dialog zwischen Politik und Wirtschaft präsentierten und diskutierten am Nachmittag des Branchen-Dialogs Dr. Otto Wiesheu, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, und fünf Vertreter der Wirtschaft unter der Moderation von Nikolaus Piper, Leiter des Wirtschaftsressorts der Süddeutschen Zeitung, ihre bisherigen Erfahrungen mit der von der Bundesregierung verfolgten Innovationsoffensive.

In seiner einleitenden Rede zur Podiumsdiskussion hielt Wiesheu der Bundesregierung große Versäumnisse in Bezug auf ihre für das Jahr 2004 angekündigten »Innovationsoffensive« vor. Es fehle hierbei nicht nur an der Erarbeitung und der Umsetzung eines durchgreifenden Konzeptes, das mit Hilfe der Initiative »Partner für Innovationen« in Aussicht gestellt wurde, sondern es seien zudem in der politischen Praxis Ausstiegsszenarien und eine Verhinderungspolitik bei zukunftssträchtigen Entwicklungen zu beobachten. Insbesondere bei innovativen Technologien, wie beispielsweise der Kernenergie und der grünen Biotechnologie, verliere Deutschland zunehmend den Anschluss an die Weltspitze. Folglich sei es nicht verwunderlich, dass die Innovations- und Gründungstätigkeit lahme sowie die Zahl der Insolvenzen ansteige. Deutschland befände sich in einem Prozess der Deindustrialisierung, in dem die Verluste an Arbeitsplätzen, die im Produzierenden Gewerbe eintreten, nicht durch Zugewinne im Dienstleistungssektor kompensiert werden könnten. Dies belaste die Staatsfinanzen und enge den Spielraum für FuE-Ausgaben erheblich ein.

Da es somit schwierig sei, einleitend über eine bundesweite Innovationsstrategie oder Innovationsoffensive zu berichten, nutze Wiesheu die Gelegenheit, das bereits seit zehn Jahren verfolgte Innovationskonzept Bayerns näher zu erläutern. Ausgelöst durch die europäische »Währungsschlange«, die eine schlagartige Verteuerung deutscher Produkte von 15 bis 20% im Vergleich zu vielen Nachbarstaaten bewirkte, durchlebte die deutsche Industrie zu Beginn der neunziger Jahre einen Strukturwandel, der zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten in allen großen Branchen führte. Anstatt in die Defensive zu gehen und die verbliebene Arbeit nur gerechter zu verteilen, wie es damals von Seiten der Gewerkschaften gefordert wurde, setzte sich die bayerische Regierung zum Ziel, im Rahmen einer aktiven Innovationspolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch eine gezielte Förderung neuer Produkte, Prozesse, Betriebe und Märkte zu steigern und somit neue Arbeitsplätze zu schaffen. »Die Marktwirtschaft gibt hierbei die Handlungsmöglichkeiten klar vor: Entweder man ist billi-

ger, oder man ist besser bzw. innovativer als seine Konkurrenten.«

Dem Staat stehe es jedoch nicht zu, festzulegen, wo die konkreten Chancen der Industrie in der Zukunft liegen, vielmehr müsse er in der Position des Moderators zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aktiv werden. Es sei die Aufgabe der Industrie, gemeinsam mit den Bildungs- und Forschungseinrichtungen einen Konsens über die Chancen im Wettbewerb zu finden, wobei neben der Entwicklung neuer Technologien auch die Weiterentwicklung bestehender Technologien zu Querschnittstechnologien mit branchenübergreifenden Anwendungsmöglichkeiten berücksichtigt werden müsse. Hier sei es die Pflicht des Staates, die Forschung und Wissenschaft im privaten sowie im staatlichen Bereich finanziell zu unterstützen bzw. bestehenden Förderungen auszubauen. Damit der Staat im Stande sei, derartige Zukunftsinnovationen zu tätigen, ist eine Fortführung der Konsolidierungspolitik unerlässlich. In diesem Zusammenhang verwies Wiesheu auf die Belastungen des Staatshaushalts, die sich aus dem enormen Anstieg der Verschuldung und der Rentenversicherungsausgaben ergeben: »Wir finanzieren die Vergangenheit, anstatt in die Zukunft zu investieren.«

Um andererseits eine effiziente Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zu erreichen, sei der Wettbewerb in der Forschung und Entwicklung zu fördern. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes seien in Bayern mehr als günstig. Durch die zahlreichen Universitäten, Fachhochschulen, Max-Planck- und Fraunhofer-Institute verfüge der Freistaat seit den sechziger Jahren über eine beachtliche Forschungsinfrastruktur im öffentlichen Bereich, welche die Grundlage der Offensive »Zukunft Bayern« und der »Hightech-Offensive« bildeten. Der Fokus läge hierbei insbesondere auf innovativen Gebieten, wie der Informations- und Kommunikationstechnik, der Softwareentwicklung, der Bio- und Gentechnologie, moderner Energie-, Umwelt- und Medizintechnik, der Luft- und Raumfahrt als auch der Nanotechnologie. Rund 30 Forschungsverbände seien eingerichtet worden, um hier die Aktivitäten der Wirtschaft und der Wissenschaft aufeinander abzustimmen. Da sich die Kontaktaufnahme gerade im Mittelstand deutlich schwieriger gestalte als bei Großbetrieben, seien zudem Foren ins Leben gerufen worden, um auch hier die Vertreter der Wirtschaft mit den Forschungseinrichtungen ins Gespräch zu bringen, um FuE-Themen nach ihrer Marktrelevanz sortieren zu können. Das verfolgte Ziel bei diesen Maßnahmen könne nur sein, in einigen Bereichen weltweites Spitzenniveau zu erreichen und dabei frühzeitig am Markt zu erscheinen.

»Das, was wegbriecht, muss durch Neues ersetzt werden«, so eine Devise Wiesheus. Dass es im Wettbewerb und vor allem in Zeiten starker struktureller Veränderungen zu

Verlusten von Industrietiteln kommen könne, sei unvermeidlich und zu verkraften, solange man dies durch neue Betriebe und Industriezweige kompensieren könne. Derzeit verlaufen derartige Entwicklungen in der Industrie jedoch sehr ungünstig, so dass die Zahl der Konkurse die Zahl der Neugründungen bei weitem übersteigt. Oft zu unrecht kritisiert, stellen Businessplanwettbewerbe eine gute Antwort auf dieses Problem dar. Wiesheu lobte die Fülle an sehr guten Geschäftsideen, die sauber durchkonstruiert und aufgeschlüsselt eingereicht werden. Bereits 637 Betriebe mit insgesamt 4 600 Mitarbeitern konnten in Folge dieser Wettbewerbe allein durch private Investitionen gegründet werden. So entfallen auch im bundesweiten Vergleich rund 25% der Venture-Capital-Investitionen auf Bayern.

Aufbauend auf der verfolgten Clusterpolitik, dem Prozess der Vernetzung der Wirtschaft mit der Wissenschaft, sei der nächste wichtige Schritt die Hinterfragung der Struktur in den einzelnen Forschungsbereichen. Erfüllen die strukturellen Gegebenheiten an den Hochschulen noch die erforderlichen Voraussetzungen für die Zukunft, oder sind Umstrukturierungen und die Beschaffung neuen Personals notwendig, um das zum Ziel gesetzte internationale Spitzenniveau wieder erreichen zu können. Hier müssen die Impulse von der Politik kommen. In Bayern werden heute von Wirtschaft und Politik gemeinsam 3% des BIP in Forschung und Entwicklung investiert. Damit liegt der Freistaat zwar knapp hinter dem Anteil der Investitionsquote von Baden-Württemberg (3,3%), die Beteiligung der Wirtschaft sei dort aber bereits deutlich höher.

Die Wirkung der bayerischen Innovationspolitik ist deutlich zu erkennen. Ein bundesweiter Anteil in den Patentanmeldungen von mittlerweile gut 27% (1993: 18%), die höchste Selbständigenquote und Betriebsdichte, eine Exportquote von 44% (2003) und die höchste Investitionsquote seit 1993 unterstreichen den Erfolg des Konzepts. Bayern ist zudem das einzige Land, das seit 1993 einen Zuwachs in der Beschäftigung verbuchen konnte.

Zusammenfassend betonte Staatsminister Wiesheu die Bedeutung der Innovationen als Treiber dafür, im Wettbewerb mit den Billiglohnländern an der Spitze bleiben zu können. Seine Kernaussage: Man muss um das besser werden, um das man teurer ist, sonst besteht nur die Alternative, billiger werden zu müssen. Der Staat darf darum nicht bei seinen Investitionen in Forschung und Entwicklung sparen und muss zudem dafür sorgen, dass vorhandene finanzielle und geistige Ressourcen an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in Unternehmen optimal für die nötigen Innovationsprozesse genutzt werden.

Dr. Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI und Mitglied der Initiative »Innovationspartner-

schaft«, konnte den kritischen Vorhaltungen des bayerischen Wirtschaftsministers, es fehle der gesamten Innovationsinitiative der Bundesregierung an Substanz, nur wenig entgegnen. Es hätten zwar bisher mehrere Gesprächsrunden mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften zur Organisation des Innovationsprozesses im Kanzleramt stattgefunden, das Thema sei zunächst jedoch auf die Schaffung von Eliteuniversitäten reduziert worden. Trotz einer längst überfälligen Hochschulreform in Deutschland sah Kreklau eine Lösung für die Herausforderung, den Innovationsprozess in Deutschland in Gang zu bringen, nur in der Entzündung eines Innovationsfeuerwerks. Ein solches benötige aber für die Realisierung klare Perspektiven, z.B. in der Steuerpolitik und der Gesetzgebung von Seiten der Politik. Die Erwartungen seines Verbandes in die Innovationsoffensive lägen über eine Neuordnung des Hochschulsystems hinaus insbesondere darin, innerhalb des Innovationsprozesses keine Themen mehr zu tabuisieren, die zehn wichtigsten gesetzlichen Innovationshemmnisse klar zu identifizieren, die Zahl der Studenten in Natur- und Ingenieurwissenschaften zu steigern sowie die Mittel für Forschung und Entwicklung zu erhöhen.

Auch Dr. Reinhard Dörfler, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, sah Deutschland an einem Punkt angekommen, an dem eine Vielzahl von Anpassungen notwendig geworden seien, wobei er in seinen Ausführungen insbesondere auf die Probleme in der Finanzierung von Innovationen hinwies. Das Volumen an Venture Capital, welches im Jahr 2000 mit 350 Mill. € pro Jahr noch umfangreich zur Verfügung stand, bewege sich heute nur noch zwischen 70 und 80 Mill. €, so dass mittlerweile rund 52% der jungen Unternehmungen mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Alarmierend sah Dörfler zudem den sinkenden Anteil an technologieintensiven Unternehmungen bei den Neugründungen und forderte die Politik daher auf, gerade forschungsorientierte Betriebe gezielt zu unterstützen. Er machte außerdem darauf aufmerksam, dass Deutschland bei einigen ohnehin schon reichlich restriktiven EU-Richtlinien noch über die Vorgaben hinausgehe und andere, gerade den Industriestandort Deutschland belastende Richtlinien zu einfach hinnehme, wie dies zum Beispiel bei der Chemierichtlinie »REACH-Verordnung« der Fall sei. Eine massive Erhöhung der Prüfungsanforderung für chemische Stoffe würde insbesondere die Kosten für sehr viele innovative Stoffe stark in die Höhe treiben, wodurch deren Markteinführung erschwert oder verhindert werden könnte. In der Chemikalienpolitik müssten daher gerade die gesamtwirtschaftlichen Folgen mehr berücksichtigt werden.

Martin Schoeller, geschäftsführender Gesellschafter der Schoeller Holding, fügte dem hinzu, dass es seiner Meinung nach in Deutschland nicht am Reichtum an techno-

logischem Wissen fehle, sondern die Probleme bei der Umsetzung und der Verkettung von Innovationen zu neuen Produkten und Produktionsprozessen bestehen würden. Gerade für kleinere Unternehmen sei es sehr schwierig, ausreichend Kapital für risikobehaftete Investitionen zu bekommen. Er griff dabei auf eine in Kooperation mit dem ifo Institut durchgeführte Umfrage bei 1 000 Unternehmen zurück, die gezeigt hatte, dass 49% der befragten Firmen mehr investieren würden, wenn die Finanzierung einfacher wäre. Bezogen auf die Unternehmensgröße lag dieser Anteil bei Betrieben mit weniger als 200 Mitarbeitern bei 60%, bei Betrieben zwischen 200 und 500 Mitarbeitern bei 40% und bei Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern immer noch bei 30%. Auch die Statistiken der Deutschen Bundesbank zu den Kreditrückziehungen im Mittelstand für die Jahre 2002 und 2003 unterstreichen, dass es mit 21 Mrd. € bzw. 25 Mrd. € gerade bei den Unternehmen zu einem massiven Kreditentzug kam, von denen ein Wachstumsschub erwartet wurde. Darüber hinaus sah Schöller weitere Innovationshemmnisse im deutschen Steuersystem. So sollten in einer innovations- und wachstumsorientierten Steuergesetzgebung reinvestierte Gewinne besser gestellt werden als ausgeschüttete Gewinne.

Zustimmung bei der Identifizierung von Hemmnissen im Innovationsprozess erfuhr Schöller im Anschluss auch von Dr. Michael Weigoldt, Geschäftsführer der IZB SOFT GmbH, der großes Potential bei den Hochschulabsolventen und generell beim Inputfaktor Mensch sah. Aufgrund von Problemen bei der Umsetzung bzw. der Nutzung von neuen Technologien oder Prozessen seien deutsche Erzeugnisse jedoch nicht mehr ausreichend wettbewerbsdifferenzierend, was zu einem erhöhten Druck auf die Kosten führe. Bezüglich des Themas Infrastruktur beurteilte Weigoldt den Standort Deutschland zwar noch als sehr gut, meinte jedoch, dass man sich hier nicht ausruhen dürfe, da sonst bald der Anschluss an die Weltspitze verloren gehen könnte. Ein Kernproblem sah er zusätzlich darin, dass die Veränderungsinitiative der Unternehmer in anderen Ländern – und hier besonders in Asien – etwas höher läge als hierzulande. Daher sah er die Unternehmer gefordert, Innovationsmanagement voranzutreiben, und die Politik, günstige Voraussetzungen zu setzen.

Dr. Eckhard Wurzel, Head of Desk für Deutschland und Österreich der OECD, bestätigte die Vertreter der Wirtschaft in ihrer Ansicht, es seien ausreichend wissenschaftliche Innovationspotentiale vorhanden. Er verwies diesbezüglich auf die einschlägigen Indikatoren, wie die Anzahl der Patentanmeldungen, die Höhe der Forschungsausgaben und die Selbsteinschätzung deutscher Unternehmer bei der erfolgreichen Markteinführung neuer Produkte, bei der sich Deutschland nach wie vor zu den Besten innerhalb der OECD zählen darf. Mit Blick auf die Branchenebene machte er jedoch darauf aufmerksam, dass Deutschland in dem

innovativen Sektor Informations- und Kommunikationstechnologie weiter an Boden verloren hat und sich im Bereich der Pharmaindustrie die einstige Spitzenposition durch einen Rückgang des Weltmarktanteil von 17% Anfang der neunziger Jahre auf aktuell 10% mittlerweile mit den USA teilen muss. Auch Wurzel sah im deutschen Steuersystem eine klare Benachteiligung bei der Finanzierung im Bereich der kleinen und jungen Unternehmen gegenüber der Finanzierung von Restrukturierungsmaßnahmen bei bestehenden Unternehmen und meldete Handlungsbedarf auf Seiten der Politik an.

Minister Wiesheu äußerte sich ebenfalls sehr besorgt über die Entwicklung in der Pharmaindustrie, wo Deutschland als Forschungsstandort, nach langer Zeit auf der weltweiten Spitze positioniert, heute nur noch den fünften Platz belegt. Zusätzlich habe man hier deutliche Rückgänge bei der Produktion hinnehmen müssen. Gründe für den hohen Verlust an Kompetenz und Kapazität seien insbesondere in der restriktiven Gesetzgebung, wie im Beispiel der überzogenen Haftungsregelungen für biotechnologische Innovationen und der Abgabenpolitik für die Pharmaindustrie, zu suchen. Anders als die Vertreter der Wirtschaft sah er nach wie vor die Forschung als ein Schlüsselthema für die Innovationspolitik, da hierdurch die Chancen für Produkt- oder Prozessinnovationen deutlich gesteigert werden können. Wiesheu warf der Bundesregierung zudem vor, überwiegend das Gefahrenpotential, wie im Beispiel der grünen Gentechnologie, zu betonen, wobei teilweise völlig irrationale Bedenken vorgebracht werden. Die Politik sei für das gesellschaftliche Klima und somit auch für die in Deutschland bestehende Technologiefeindlichkeit mit verantwortlich. Einerseits eine Innovationsoffensive zu starten, andererseits aber diese durch eine innovationsfeindliche Kommunikation und Gesetzgebung zu blockieren, sei keine überzeugende Politik.

Dialog zur branchenwirtschaftlichen Entwicklung

Zwischen den beiden Rahmenveranstaltungen des ifo Branchen-Dialogs wurden in vier Branchenforen die konjunkturellen Tendenzen in den Wirtschaftsbereichen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen im Detail analysiert und diskutiert. Die Foren wurden jeweils durch eine Einführung von Experten des ifo Instituts eröffnet und die Themen danach durch Beiträge von externen Experten erweitert und vertieft. Im Folgenden sind die einflussreichsten Beiträge der ifo-Mitarbeiter in Kurzform wiedergegeben.

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe

Reinhard Hild

Nach der Stagnation von Mitte 2001 bis zum Sommer 2003 begann sich die Produktion des verarbeitenden Gewerbes im Herbst letzten Jahres wieder deutlich nach oben zu bewegen. Im Jahresdurchschnitt lag zwar 2003 das reale Produktionsvolumen nur um 0,2% über dem Stand des Vorjahres, im Jahresverlauf erhöhte sich aber der reale Produktionswert von Juni bis Dezember 2003 – saisonbereinigt – um 2,1%.

Exportgetriebener Aufschwung seit Mitte 2003 ...

Ursache der markant aufwärtsgerichteten Entwicklung im Herbst 2003 war vor allem das kräftige Anziehen der Auslandsnachfrage: Am Jahresende 2003 lag der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland – saisonbereinigt – um 7% über dem Stand zur Jahresmitte. Hinzu kam allerdings, dass sich im Verlauf des Jahres 2003 auch die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes merklich belebte. Hier ergab sich im Verlauf des zweiten Halbjahres ein Anstieg um knapp 3% (Juni bis Dezember 2003). Zusammen führten beide Komponenten dazu, dass der Auftragseingang insgesamt am Jahresende 2003 das Spitzenniveau von Ende 2000 fast wieder erreicht hatte (vgl. Abb. 1).

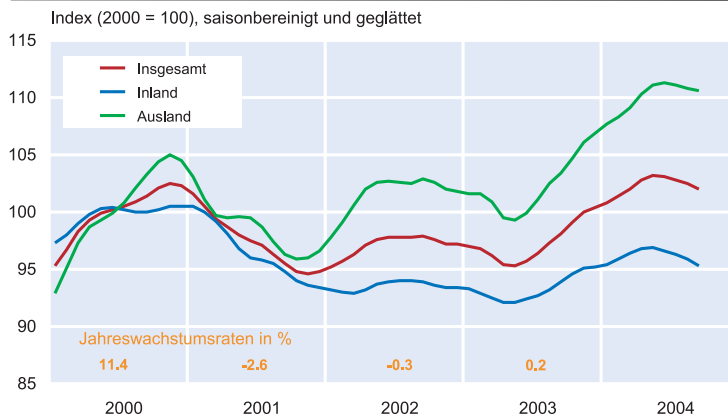
Die dynamische Nachfrageentwicklung im zweiten Halbjahr 2003 führte dazu, dass sich die Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes spürbar verbesserte: Gemäß der Meldungen zum ifo Konjunkturtest erhöhte sich die Auslastung der Kapazitäten von 81,8% im zweiten auf 83,1% im vierten Quartal des Jahres 2003. Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe, das noch in den ersten Monaten tiefen Pessimismus ausstrahlte, hellte sich relativ schnell und nachhaltig auf. Auf die Zahl der Beschäftigten wirkte sich diese konjunkturelle Belebung allerdings noch nicht spürbar aus; zwar schrumpfte die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr so stark wie im Jahr zuvor, mit einem weiteren Rückgang um 2,5% lag sie aber im Dezember 2003 nochmals deutlich unter dem Stand vor Jahresfrist.

... setzte sich bis Sommer 2004 fort, ...

Der im Herbst 2003 eingeleitete konjunkturelle Aufschwung im verarbeitenden Gewerbe setzte sich im ersten Halbjahr 2004 mit kaum veränderter Intensität fort. In den ersten acht Monaten lag der reale Produktionswert 2004 um 4,5% über dem Niveau des Vorjahres, im August 2004 waren es – saisonbereinigt – gut 2% mehr als im Januar dieses Jahres. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird der industrielle Produktionszuwachs voraussichtlich bei 3,2% liegen (vgl. Abb. 2). Grundlage für diese Entwicklung waren zunächst die gleichen Nachfrageentwicklungen wie im Herbst letzten Jahres: Sehr dynami-

Abb. 1

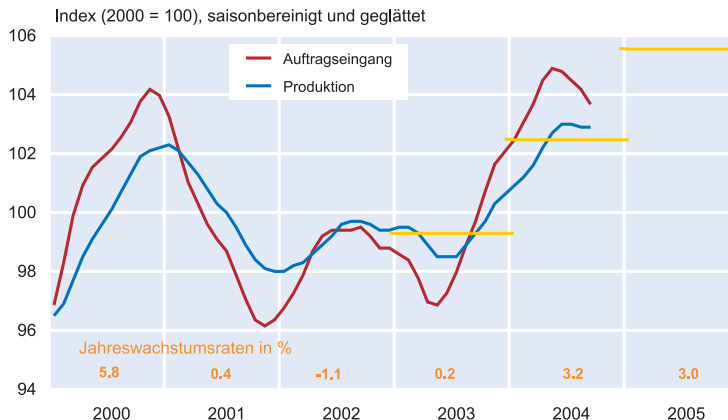
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2

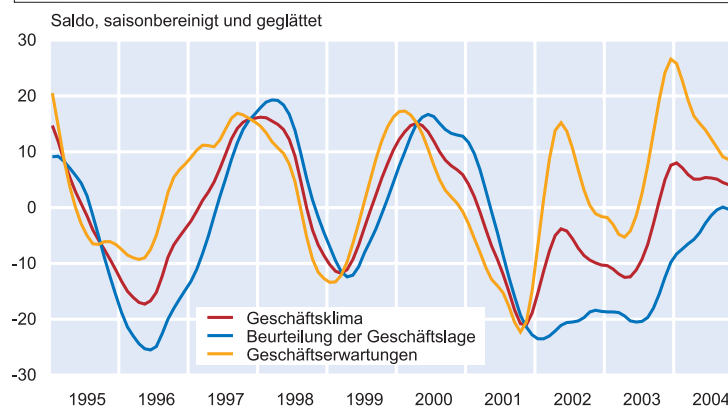
Produktion und Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3

Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: ifo Konjunkturtest.

sche Belebung der Auslandsnachfrage und gleichzeitiges Anziehen der Bestellungen aus dem Inland.

... geriet aber im Herbst 2004 etwas ins Stocken

Bereits im zweiten Quartal 2004 verlor allerdings der inländische Auftragseingang an Dynamik, und im dritten Quartal kamen erste Signale, die auf eine Dämpfung des Exportgeschäfts hinwiesen. Die Verlangsamung der Exportdynamik ist vor allem auf den drastisch gestiegenen Ölpreis und die dadurch bedingte Verunsicherung der Märkte sowie gewisse Überhitzungstendenzen in Fernost zurückzuführen. Die Dämpfung der Inlandsnachfrage resultiert nicht nur aus dem unverändert schwachen privaten Konsum und der überraschend hartnäckigen Zurückhaltung bei den Ausrüstungsinvestitionen, sondern auch aus einer wechsellkursbedingten kräftigen Zunahme der Importe.

Diese Dämpfungstendenzen schlagen sich im ifo Geschäftsklimaindex nieder (vgl. Abb. 3): Im ersten Quartal 2004 ging er etwas zurück und seitdem stagnierte er auf diesem reduzierten Niveau. Damit bewegt er sich aber noch immer im befriedigenden Bereich. Eingetrübt haben sich bisher nur die Geschäftserwartungen; die Beurteilung der aktuellen Lage hat sich dagegen bis September laufend verbessert und erst zuletzt eine geringfügige Korrektur erfahren. Die Kapazitätsauslastung stieg dabei – saisonbereinigt – binnen Jahresfrist von 82,5% (September 2003) auf 83,9% (September 2004) an. Wesentlich ist, dass zwar in den letzten Monaten die Euphorie aus den Geschäftserwartungen gewichen ist, dass aber nach wie vor eine Mehrheit der Teilnehmer am ifo Konjunkturtest weiterhin eine Verbesserung der Geschäftslage im nächsten halben Jahr erwartet. Vor allem die Exporterwartungen blieben signifikant im positiven Bereich.

Dennoch ist für 2005 ein Produktionsplus von 3% zu erwarten

Für die Abschätzung der Entwicklung im kommenden Jahr wird gemäß den Annahmen im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute davon ausgegangen, dass die belastenden Wirkungen der Öl-

preisentwicklung im Verlauf des nächsten Jahres nachlassen und dass das Wachstum des realen Welthandels mit 7,5% etwas niedriger ausfallen wird als 2004 (9%). Der Konsum der privaten Haushalte wird 2005 voraussichtlich wieder etwas zunehmen (real um 0,8% nach null im Jahr 2004), und die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich mit einem Plus von 4,2% spürbar beleben. Die Bauinvestitionen werden zwar voraussichtlich weiter schrumpfen, mit 0,8 aber weniger stark als in diesem Jahr (-1,7). Wachstumsmotor wird mit einem Zuwachs von knapp 6% auch 2005 der Exportumsatz bleiben (nach gut 10% in 2004). Da von einem wachsenden Auslandsgeschäft vor allem die Industrie profitiert, kann davon ausgegangen werden, dass das verarbeitende Gewerbe gegenüber der Gesamtwirtschaft wieder überproportional zulegen wird.

Trotz der insgesamt nur moderaten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsaussichten (1,5% für 2005 nach 1,8% in diesem Jahr) ist 2005 im verarbeitenden Gewerbe mit einer Fortsetzung des Produktionswachstums in fast dem gleichen Ausmaß wie im laufenden Jahr zu rechnen. Vor allem der Maschinenbau und die Elektroindustrie werden von der lebhafteren Investitionstätigkeit profitieren. Hinzu kommt, dass der private Nachholbedarf auf dem Automobilmarkt voraussichtlich spürbare Nachfrageimpulse freisetzen wird, so dass das Produktionsvolumen der Automobilindustrie in Verbindung mit

einer weiterhin zunehmenden Auslandsnachfrage nochmals zulegen dürfte. Aus den Partialschätzungen für die einzelnen Branchen ergibt sich, dass das reale Produktionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes insgesamt im Jahre 2005 voraussichtlich in einer Größenordnung von 3% zunehmen wird.

Vorleistungsgüter dicht beim industriellen Durchschnitt

Nur wenig günstiger als das verarbeitende Gewerbe insgesamt schnitt bei der Entwicklung im letzten Jahr der Bereich der Vorleistungsgüter ab: Bei einer nur geringen Dämpfung des Produktionsvolumens im ersten Halbjahr lag das Jahresergebnis 2003 um 0,6% über dem Stand von 2002. Auch hier hat sich neben dem Anstieg der Exportnachfrage im Verlauf des Jahres 2003 der Inlandmarkt deutlich nach oben bewegt. 2004 läuft die Entwicklung im Bereich der Vorleistungsgüter etwa parallel zu der der Gesamtindustrie; im Jahresdurchschnitt ist darum in diesem Segment insgesamt mit einem Wachstum der realen Produktion von ebenfalls 3,2% zu rechnen. Etwas überdurchschnittlich wird dabei der Metallbereich abschneiden (4,5%), weniger günstig ist dagegen das Ergebnis der Chemischen Industrie (2%) zu erwarten. Auch 2005 wird sich der Bereich der Vorleistungsgüter insgesamt dicht beim gesamtindustriellen Durch-

Tab. 1
Produktionswachstum in den Branchen des verarbeitenden Gewerbes

| WZ 93 | Branche | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|-------|--|-------|------|------|------|
| D | Verarbeitendes Gewerbe | 0,2 | 3,2 | 3,0 | 2,5 |
| | Vorleistungsgüter | 0,6 | 3,2 | 3,0 | 2,0 |
| | Investitionsgüter | 0,9 | 4,5 | 4,0 | 3,0 |
| | Konsumgüter | -2,2 | 1,0 | 1,5 | 1,5 |
| 15 | Ernährungsgewerbe | 0,5 | 0,8 | 1,0 | 0,5 |
| 17 | Textilgewerbe | -4,0 | -1,5 | 1,0 | 1,0 |
| 18 | Bekleidungs-gewerbe | -11,4 | -3,0 | 2,0 | 1,0 |
| 20 | Holzgewerbe | -1,5 | 3,5 | 2,5 | 1,5 |
| 21 | Papiergewerbe | 2,9 | 1,5 | 1,5 | 2,0 |
| 22 | Verlags- und Druckereigewerbe | -3,3 | 1,8 | 1,5 | 2,5 |
| 23 | Mineralölverarbeitung | -0,7 | 6,5 | 2,5 | 2,0 |
| 24 | Chemische Industrie | 0,3 | 2,0 | 2,0 | 2,0 |
| 25 | Gummi- und Kunststoffwaren | 1,4 | 3,3 | 3,0 | 2,0 |
| 26 | Glas, Keramik, Steine und Erden | -2,2 | 0,5 | 2,0 | 1,0 |
| 27 | Metallerzeugung und -bearbeitung | -1,9 | 4,5 | 3,0 | 2,0 |
| 28 | Metallerzeugnisse | -0,1 | 3,5 | 3,0 | 3,0 |
| 29 | Maschinenbau | -1,6 | 4,0 | 4,0 | 2,5 |
| 30 | Informationstechnik, Büromaschinen | -5,7 | 7,5 | 7,5 | 5,0 |
| 31 | Geräte der Elektrizitätserzeugung u.Ä. | 1,7 | 5,0 | 4,0 | 3,0 |
| 32 | Kommunikationstechnik, Elektronik | 9,6 | 13,5 | 8,0 | 6,0 |
| 33 | Mess-, Regel-, Medizintechnik | 3,5 | 3,8 | 3,5 | 2,5 |
| 34 | Automobilindustrie | 2,2 | 5,5 | 4,0 | 3,0 |
| 35 | Sonstiger Fahrzeugbau | 6,4 | -3,0 | -3,0 | 3,0 |
| 36 | Möbel, sonstige Gebrauchsgüter | -3,5 | 0,5 | 1,5 | 1,5 |
| 37 | Recycling | 2,9 | 11,0 | 8,0 | 6,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

schnitt bewegen; im Jahresdurchschnitt dürfte er auf ein Produktionswachstum von etwa 3% kommen (vgl. Tab. 1).

Investitionsgüter bilden Wachstumsträger

Noch etwas stärker aufwärts gerichtet als der Output an Vorleistungsgütern war allerdings bereits 2003 das Produktionsvolumen des Investitionsgüterbereichs (+ 0,9% im Jahresdurchschnitt). Auch hier bildete das gleichzeitige Anziehen der Auslands- und der Inlandsnachfrage den Hintergrund für eine kräftige konjunkturelle Erholung im zweiten Halbjahr, wobei sich die Auftragseingänge aus dem Ausland erheblich dynamischer nach oben bewegten als die aus dem Inland. Lebhaft entwickelte sich dabei vor allem der Bereich der Elektroindustrie, wobei das Wachstum in der Kommunikationstechnik (einschließlich Mikroelektronik) besonders stürmisch verlief. Aber auch die Autosparte und insbesondere der sonstige Fahrzeugbau verzeichneten einen Zuwachs des Produktionsvolumens.

Das überdurchschnittliche Wachstum der Investitionsgüterindustrie setzte sich 2004 fort. In der ersten Jahreshälfte lag die reale Produktion dieses Bereichs weit über dem Niveau des Vorjahres (Januar bis August: + 5,2%), im Gesamtjahr 2004 dürfte sich das Produktionsplus auf rund 4,5% belaufen. Neben den genannten Bereichen – außer dem sonstigen Fahrzeugbau – trägt 2004 auch der Maschinenbau erheblich zu dieser expansiven Entwicklung des Investitionsgüterbereichs bei. Auch für 2005 eröffnen sich dem Bereich der Investitionsgüter relativ günstige Perspektiven: Die Auslandsnachfrage wird sich weiter lebhaft entwickeln, und im Inland wird der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich für eine spürbare Nachfragebelebung sorgen. Im Jahresdurchschnitt 2005 ist bei der Investitionsgüterproduktion mit einem Plus von rund 4% zu rechnen.

Wachstumsbremse Konsumgütersektor

Die Schwachstelle des deutschen Industriepartfolios bleibt der Bereich der Konsumgüter. Zwar nahmen auch hier die Aus-

Abb. 4 Auftragseingang im Vorleistungsgütergewerbe

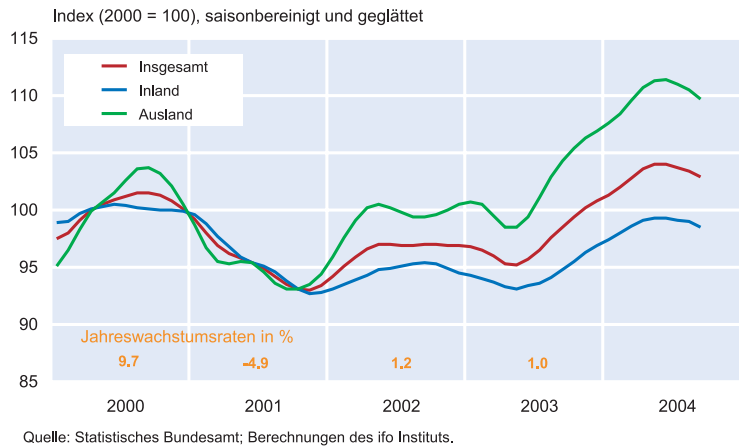


Abb. 5 Auftragseingang im Investitionsgütergewerbe

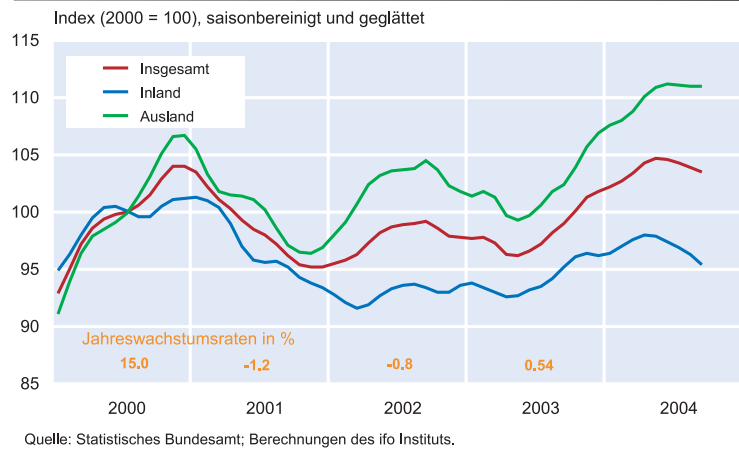
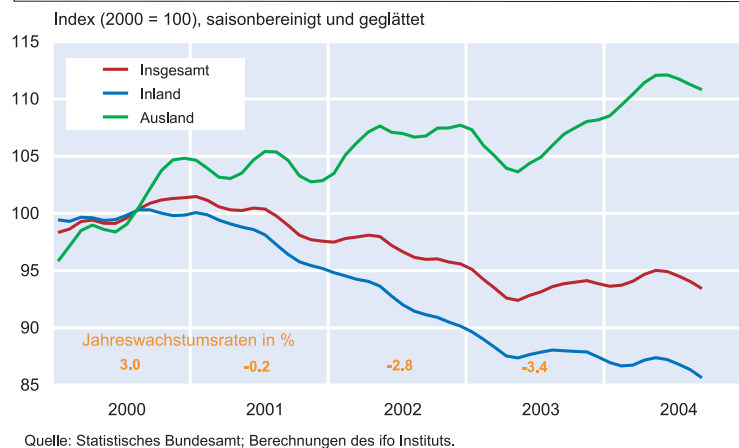


Abb. 6 Auftragseingang im Konsumgütergewerbe



landsaufträge im zweiten Halbjahr 2003 kräftig zu, der Auftragseingang aus dem Inland stagnierte jedoch auf sehr niedrigem Niveau. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts wirkte sich dies stark dämpfend auf die Gesamtnachfrage aus. Im Jahresdurchschnitt lag das Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2003 sogar um 2,2% unter dem Stand des Vorjahres. Besonders ungünstig fiel, abgesehen von der Tabakverarbeitung (- 17%), die Veränderung des Produktionsvolumens in den beiden Bereichen Bekleidungsindustrie (- 11%) und Lederindustrie (- 12%) aus.

Auch 2004 reichte bei sich fortsetzender Stagnation der schwachen Inlandsnachfrage der durchaus zu erkennende Anstieg des Auftragseingangs aus dem Ausland nicht aus, dem Produktionsvolumen eine ähnliche Wachstumsdynamik zu verleihen wie den beiden anderen Segmenten des verarbeitenden Gewerbes. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird der Zuwachs der Konsumgüterproduktion kaum über die Marke von 1% hinauskommen. Ebenso ist für das Jahr 2005 mit einer nur marginalen Verbesserung des realen Produktionswachstums im Konsumgütersektor zu rechnen. Zwar wird sich der inländische private Konsum etwas günstiger darstellen als 2004, von den weiter spürbar steigenden Importen dürften jedoch, wie schon in den Vorjahren, vor allem im Konsumgütersegment negative Impulse für die inländische Fertigung wirksam werden. Das Produktionswachstum der Konsumgüterindustrie wird 2005 voraussichtlich die Schwelle von 1,5% kaum übersteigen.

Aus der Zusammenfassung der einzelnen Branchenschätzungen ergibt sich, wie schon erwähnt, dass das verarbeitende Gewerbe 2005 insgesamt mit einem Produktionsplus von 3% weiterhin im Zeichen einer beachtlichen Wachstumsdynamik stehen wird, wobei die Investitionsgüterindustrie den treibenden Bereich bildet, die Vorleistungsgüterproduktion sich im industriellen Durchschnitt bewegen und das Konsumgütergewerbe weiter an Boden verlieren dürfte.

Beim Ausblick auf 2006 wurde davon ausgegangen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik nach der für 2005 erwarteten leichten Verstärkung des arbeitstäglich bereinigten BIP-Wachstums im Jahr 2006 nur wenig abschwächen wird. Für das verarbeitende Gewerbe insgesamt wird auf dieser Basis eine Verringerung des realen Produktionszuwachses auf 2,5% gesehen, wobei sich das Wachstum bei den Vorleistungsgütern überdurchschnittlich verringern wird, während die Investitionsgüterproduktion nochmals etwas stärker als das verarbeitende Gewerbe insgesamt zulegen dürfte.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Großhandel stimuliert durch expansive Importe ...

Josef Lachner

Im Großhandel haben sich die nominalen Umsätze zu Jahresbeginn 2004 deutlich belebt; inzwischen ist die Dynamik allerdings wieder etwas schwächer geworden. Die Nominalumsätze waren in den ersten acht Monaten um 3% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Real bedeutete das ein Plus von 0,6% (vgl. Abb. 7). Die Diskrepanz zwischen nominaler und realer Veränderungsrate ist hauptsächlich auf Preissteigerungen in einigen Rohstoffmärkten zurückzuführen.

Von wesentlicher Bedeutung für die Belebung der nominalen Umsätze war die Entwicklung des Außenhandels, speziell die der Importe. In den ersten acht Monaten 2004 war der Wert der importierten Waren um knapp 7% höher als in der gleichen Vorjahresperiode. Das darf als Ausdruck gestiegener preislicher Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Produkte gewertet werden. Offenbar ist es den Großhandelsunternehmen gelungen, diesen Importsog auch für die eigene Geschäftsentwicklung zu nutzen. Unternehmen des Großhandels agieren dabei sowohl als Importeur als auch in der Distribution der importierten Waren in der Fläche (Feindistribution).

... und wachsenden Produktionsverbindungshandel, ...

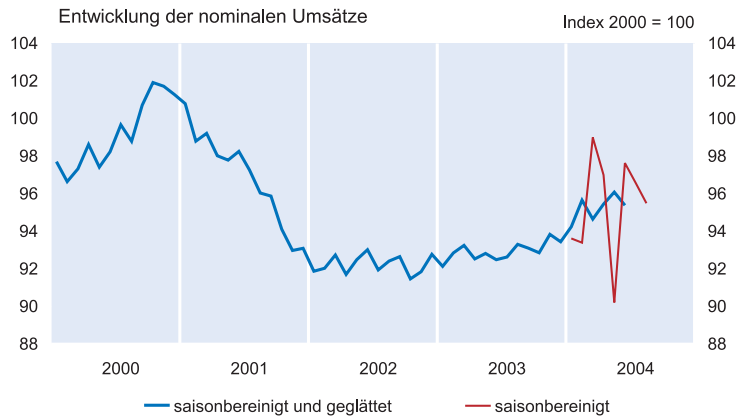
Weiterhin profitierte der Großhandel auch von der erhöhten Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Im Laufe des Jahres 2004 hat zwar die Aufwärtsentwicklung an Schwung eingebüßt, insgesamt war die Produktion in den ersten acht Monaten dieses Jahres aber um beachtliche 4,5% höher als im Vorjahr.

Zwischen den beiden großen Teilbereichen, dem Produktionsverbindungshandel und dem Konsumgütergroßhandel, zeigen sich deutliche Unterschiede in den Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr. Der Produktionsverbindungshandel verzeichnete nominale Umsätze, die um rund 6% höher sind als 2003, wobei die Vorjahresumsätze im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren um knapp 7% und im Großhandel mit Maschinen und Ausrüstungen um reichlich 5% übertroffen wurden (vgl. Tab. 2).

... aber gebremst durch schleppenden Konsumgütergroßhandel

Im Konsumgütergroßhandel blieben die Umsätze hingegen um etwa 0,5% hinter dem Vorjahresergebnis zurück (vgl.

Abb. 7
Großhandel insgesamt



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

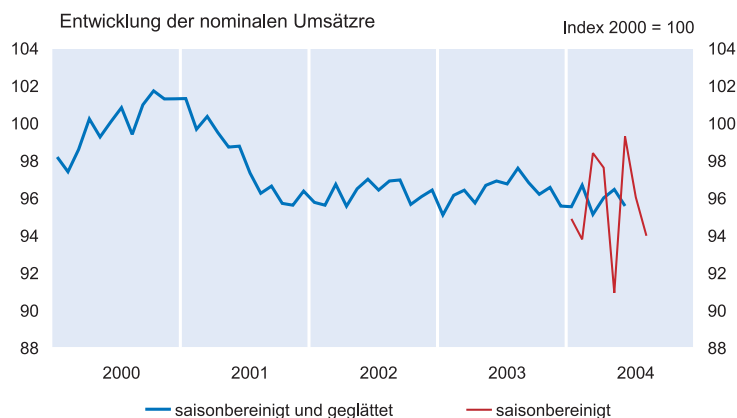
Tab. 2
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel
Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %

| | 2003 | 2004 ^{a)} |
|--|------|--------------------|
| Großhandel insgesamt | 1,0 | 2,9 |
| davon: | | |
| Produktionsverbindungshandel | 1,6 | 6,2 |
| darunter: | | |
| GH mit Rohstoffen, Halbwaren etc. | 3,4 | 6,9 |
| GH mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör | -2,8 | 5,3 |
| Konsumgütergroßhandel | 0,4 | -1,0 |
| darunter: | | |
| GH mit Nahrungs- und Genussmitteln | 2,9 | 1,5 |
| GH mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern | 0,6 | 0,9 |

^{a)} Januar bis August.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 8
Konsumgütergroßhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

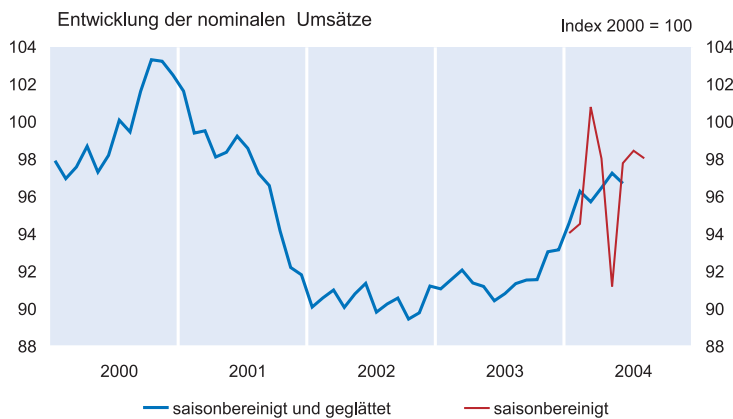
Abb. 8). Ausschlaggebend war dafür die ungünstige Umsatzentwicklung im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln; hier wurden die Vorjahresumsätze um knapp 4% verfehlt. Hingegen verzeichnete der Großhandel im Non-Food-Bereich ein nominales Plus von etwa 1%.

Für die schwache Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel ist ausschlaggebend, dass die wichtige Kundengruppe Einzelhandel auch 2004 rückläufige Umsätze verzeichnete. Sie werden voraussichtlich um nominal wie real etwa 1% niedriger sein als im Vorjahr. Hinzu kommt, dass die Einzelhandelskunden des Großhandels üblicherweise nicht zu den Gewinnern des Strukturprozesses im Einzelhandel gehören, auch wenn es dem selbständigen Großhandel in einzelnen Produktparten gelingt, auch Kunden im Kreise der Marktanteils Gewinner zu akquirieren. Das gilt insbesondere für die Anbieter von Non-Food-Artikeln. Eine andere Kundengruppe des Konsumgütergroßhandels, die allerdings insgesamt eine wesentlich geringere Bedeutung als der Einzelhandel hat, ist das Gastgewerbe. Hier war die Umsatzentwicklung abermals rückläufig. Für 2005 dürfte aus einem leichten Umsatzanstieg im gesamten Einzelhandel und weiter leicht rückläufiger Umsätze im Gastgewerbe auch für den Konsumgütergroßhandel ein geringer Zuwachs resultieren. Im Vergleich zu den Gesamtumsätzen 2004 ist jedoch mit keiner wesentlichen Änderung zu rechnen.

Die deutliche Zunahme der nominalen Umsätze im Großhandel ist also allein das Resultat der Expansion im Produktionsverbindungshandel (vgl. Abb. 9). Der größte Teil des nominalen Umsatzanstiegs von 6,2% ist dabei allerdings auf Preissteigerungen für Erze, Eisen und Stahl sowie Öl zurückzuführen. In konstanten Preisen war der Umsatz im Produktionsverbindungshandel in den ersten acht Monaten 2004 nur um knapp 2% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Prognosezeitraum ist davon auszugehen, dass die Preise in einzelnen Produktparten eher zurückgehen werden.

Für 2005 ist im Produktionsverbindungshandel mit einem weiteren Anstieg der nominalen wie der realen Umsätze zu rechnen.

Abb. 9
Produktionsverbindungshandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 3
Voraussichtliche Entwicklung der Großhandelsumsätze für das Jahr 2005
Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %

| | nominal | real |
|------------------------------|---------|------|
| Großhandel insgesamt | 1,5 | 1,0 |
| Produktionsverbindungshandel | 3,0 | 2,0 |
| Konsumgütergroßhandel | 0,0 | 0,0 |

Quelle: Schätzungen des ifo Instituts.

nen. Als Stütze für diese Entwicklung dient die anhaltende Zunahme der Produktion im verarbeitenden Gewerbe sowie die erhöhte Bereitschaft der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, in Ausrüstungen zu investieren. Der Großhandel profitiert dabei von der erhöhten preislichen Wettbewerbsfähigkeit importierter Waren. Baunahe Großhandelssparten leiden jedoch nach wie vor an den rückläufigen Bauinvestitionen. Insgesamt ist für den Produktionsverbin-

dungshandel für 2005 mit Umsätzen zu rechnen, die nominal um 3% und real um 2% höher sein werden als 2004.

Für den Großhandel insgesamt wird sich aus den Entwicklungen im Konsumgütergroßhandel und dem Produktionsverbindungshandel 2005 ein weiterer Umsatzanstieg ergeben. Er ist auf eine Zuwachsrate von nominal 1,5% und real 1% (vgl. Tab. 3) zu schätzen.

Umsatzminus im Einzelhandel 2004, ...

Hans G. Russ

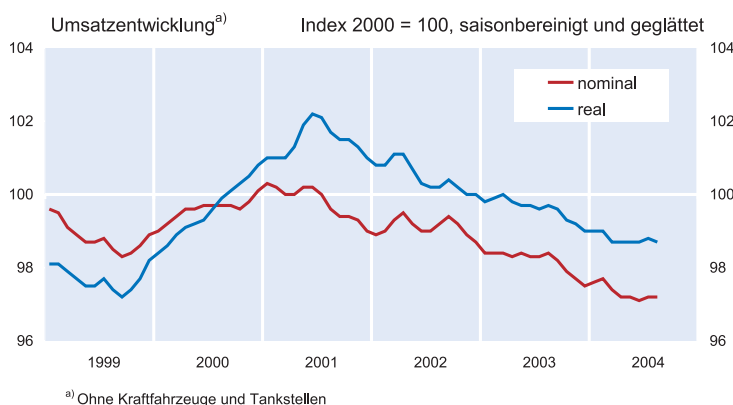
Nach der Stagnation in den beiden letzten Jahren ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2004 wieder auf Erholungskurs. Für den Jahresdurchschnitt prognostizieren die Forschungsinstitute eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,8%. Die konjunkturellen Impulse gehen allerdings ausschließlich von der Nachfrage aus dem Ausland aus, während die Schwäche der Binnen-

nachfrage weiter anhält. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden nach der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschafts-

forschungsinstitute real lediglich stagnieren, nominal um 1,7% zunehmen.

Wie aber steht es mit dem Einzelhandel? Der Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der ersten Jahreshälfte 2004 um 1,3% wurde durch höhere Preise für Energie und Gesundheitsdienstleistungen weitgehend aufgezehrt. Zudem ist die Sparquote weiter leicht angestiegen. Der Einzelhandel in der traditionellen Abgrenzung, also ohne den Kfz-Sektor und ohne Tankstellen, musste nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in den ersten acht Monaten sogar Umsatzeinbußen sowohl nominal als auch real um 1,3% im Vergleich zum Vorjahr hinnehmen. Während bei den großflächigen und discountierenden Lebensmittelmärkten der Umsatz nur um 0,2% zurückging, fiel das Minus beim meist inhabergeführten Facheinzelhandel mit 1,6% deutlich größer aus. Von einem überdurchschnittlichen Umsatzrückgang war insbesondere der Versandhandel betroffen (6,4%). Betrachtet man die monatliche, saisonbereinigte Kurve der Einzelhandelsumsätze im Verlauf, so lässt sich in den letzten Monaten zumindest eine gewisse Stabilisierung erkennen, allerdings auf einem Niveau, das in etwa dem des Jahres 1999 entspricht (vgl. Abb. 10).

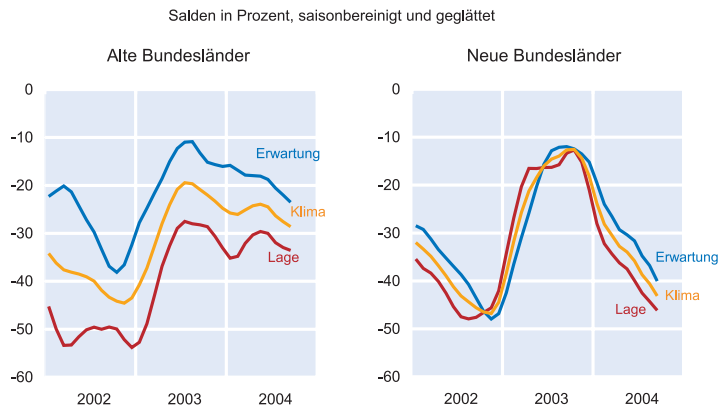
Abb. 10
Einzelhandel insgesamt



^{a)} Ohne Kraftfahrzeuge und Tankstellen

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 11
Geschäftsentwicklung im Einzelhandel

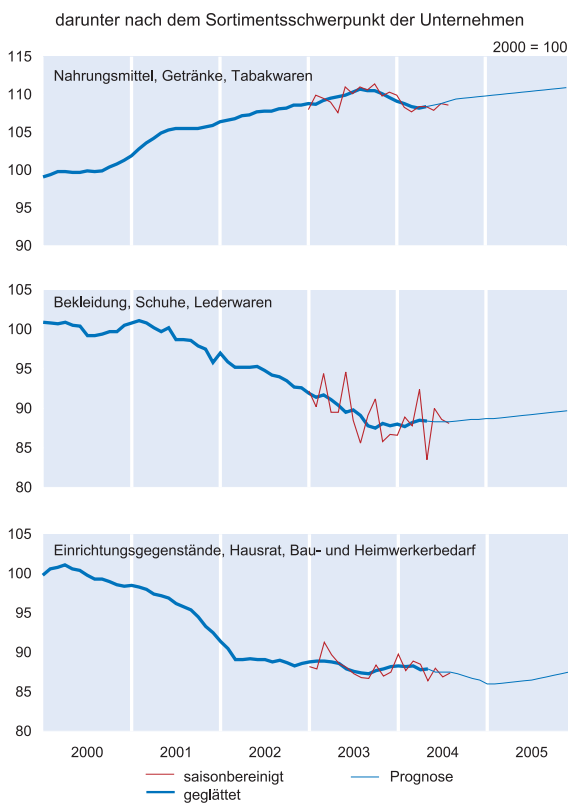


Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die schwache Nachfrage hat sich auch in den Meldungen der Einzelhandelsfirmen zum ifo Konjunkturtest niedergeschlagen. Das Geschäftsklima, das sich von Anfang bis Mitte letzten Jahres kontinuierlich verbesserte, hat sich seither wieder spürbar abgekühlt. Dabei beurteilten die Unternehmen nicht nur ihre aktuelle Geschäftslage wieder erheblich ungünstiger, sondern haben

Abb. 12
Umsätze des Einzelhandels

in jeweiligen Preisen, saisonbereinigte Werte (Deutsche Bundesbank)



auch ihre Erwartungen deutlich nach unten revidiert, vor allem in den neuen Bundesländern (vgl. Abb. 11). Zwar hat in Westdeutschland aufgrund einer restriktiven Ordertätigkeit der Lagerdruck nachgelassen, die Lagerbestände gelten jedoch auch hier ebenso wie in den neuen Bundesländern als immer noch deutlich überhöht. Dementsprechend wollen die Unternehmen in naher Zukunft auch ihre Bestellungen weiter kürzen. Die neuesten Konjunkturtestergebnisse für den Monat Oktober lassen sowohl für West- als auch für Ostdeutschland immerhin eine leichte Klimabesserung erkennen.

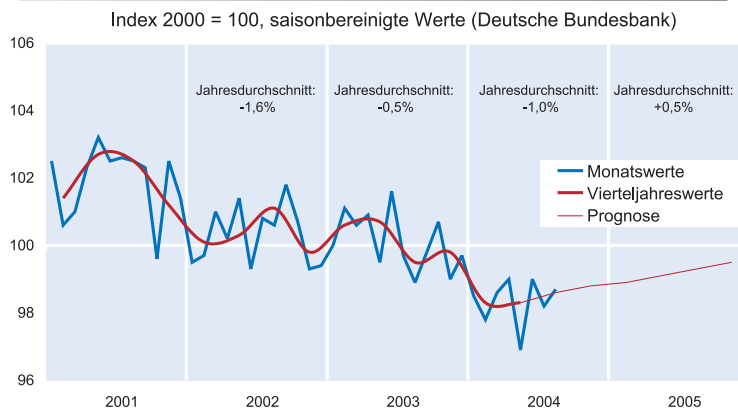
Nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik ergab sich in den einzelnen Sparten in saisonbereinigter Betrachtung auch in diesem Jahr wieder eine sehr differenzierte Umsatzentwicklung, wobei sich allerdings die Schere, die sich in den zurückliegenden Jahren immer weiter geöffnet hatte, wieder etwas schloss. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, die seit 1999 kontinuierlich gestiegen war, ging kurzzeitig von Herbst 2003 bis zum Frühjahr 2004 zurück, zog aber anschließend wieder etwas an. Der Trend zu höherwertigen Nahrungsmitteln setzt sich offenbar nun wieder fort. Bei Bekleidung, Schuhen und Lederwaren wurde der Umsatzrückgang im Herbst von einem Anstieg abgelöst, der sich allerdings zuletzt wieder etwas abschwächte. Im Gefolge der im Vorjahr vorübergehend gestiegenen Hochbauproduktion hat auch die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen, Hausrat, Bau- und Heimwerkerbedarf von Jahresmitte 2003 bis Anfang 2004 angezogen, tendiert jedoch seither wieder nach unten. Die Umsatzkurve dieser Sparte folgt der Hochbauproduktion mit einem zeitlichen Abstand von etwa einem Dreivierteljahr. Da die Hochbauproduktion im Laufe dieses Jahres nahezu einbruchartig zurückgegangen ist, dürfte der Umsatzrückgang in diesem Bereich bis Anfang 2005 anhalten. Für die beiden anderen Sparten und die restliche, allerdings sehr heterogene Gruppe, kann man davon ausgehen, dass sich die Nachfrage im letzten Quartal 2004 weiter belebt, im Bereich Bekleidung, Schuhe und Lederwaren allerdings vergleichsweise schwach. (vgl. Abb. 12) Im Durchschnitt des Jahres 2004 ergibt sich nach dieser Prognose für den Einzelhandel insgesamt sowohl in nominaler als auch in realer Rechnung ein Umsatzminus von 1%. Dabei kommt ihm sogar noch zugute, dass in diesem Jahr vier Verkaufstage mehr zur Verfügung stehen als 2003.

... aber geringes Plus in 2005 zu erwarten

Für das Jahr 2005 prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Herbstgutachten

Abb. 13

Einzelhandelsumsatz^{a)}



^{a)} Ohne Kraftfahrzeuge
Quelle: ifo Institut.

eine Zunahme der verfügbaren Einkommen um 2,3%. Zwar kommt es zum Jahresanfang 2005 erneut zu steuerlichen Entlastungen, und der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenkasse sinkt weiter, Kinderlose haben jedoch einen Zuschlag zur Pflegeversicherung von 0,25% zu leisten, und es wird ein Sonderbeitrag von 0,9% des Bruttolohns für gesetzlich Versicherte eingeführt. Insgesamt ergibt sich für die Arbeitnehmer per saldo eine Mehrbelastung der Einkommen von 0,45 Prozentpunkten. Auch die Entwicklung der Transfereinkommen wird von staatlichen Leistungseinschränkungen und Abgabenerhöhungen geprägt. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen, vor allem der Unternehmerhaushalte, werden dagegen etwas zunehmen. Die Sparquote dürfte unvermindert bei 10,8% liegen, wengleich hier unterschiedliche Einflüsse zugrunde gelegt werden. Der private Konsum wird somit im Jahresdurchschnitt 2005 voraussichtlich ebenfalls nominal um 2,3% zulegen.

Der Einzelhandel wird an diesem Anstieg nur in geringem Maß partizipieren können, denn die hohen Energiepreise und die zunehmenden Aufwendungen für Gesundheit und Altersvorsorge sowie für sonstige Dienstleistungen werden abermals einen großen Teil des Einkommenszuwachses absorbieren. Wir gehen davon aus, dass sich die Nachfrage nach Nahrungs- und Genussmitteln im Laufe des nächsten Jahres weiter nach oben entwickelt, im Jahresdurchschnitt dürften die Umsätze nominal um etwa 1% zulegen. Auch bei Bekleidung, Schuhen und Lederwaren wird der leichte Aufwärtstrend anhalten. Das Vorjahresergebnis dürfte hier aber kaum erreicht werden. Wegen der etwas erhöhten Hochbauproduktion und eines inzwischen eingetretenen Nachhol- und Ersatzbedarfs rechnen wir auch bei Einrichtungsgegenständen, Hausrat, Bau- und Heimwerkerbedarf mit einem Anziehen der Nachfrage, dennoch dürften hier die Umsätze im Durchschnitt um 1%

unter Vorjahresniveau liegen. Für den Einzelhandel insgesamt ergibt sich somit ein Plus in der Größenordnung von 0,5% (vgl. Abb. 12 und 13). Aufgrund des anhaltenden Wettbewerbs werden sich Preiserhöhungen schwerlich durchsetzen lassen, so dass sich real eine Zunahme in gleicher Größenordnung errechnet. Der Anteil des Einzelhandels am gesamten privaten Verbrauch wird somit auch in den Jahren 2004 und 2005 weiter abnehmen, und zwar von 40% noch vor zehn Jahren auf weniger als 30%.

Eine Ausblick auf das Jahr 2006 lässt sich aus heutiger Sicht nur mit sehr großen Unsicherheiten quantifizieren. Man kann aber davon ausgehen, dass – auch wenn sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum abschwächen sollte – der Konsum erfahrungsgemäß erst mit zeitlicher Verzögerung davon betroffen wäre. Eine Zunahme des Einzelhandelsumsatzes um 1% scheint nicht unrealistisch zu sein, wobei ein Teil der Wachstumsrate sich bereits aus dem statistischen Überhang aus dem Jahre 2005 errechnet.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Volker Rußig

Anhaltende Talfahrt – etwas verlangsamter Kapazitätsabbau

Trotz der Ausweitung des Wohnungsneubaus infolge von zeitweilig wirksamen Vorzieheffekten bei selbstgenutzten Eigenheimen dürfte die konjunkturelle Schwächephase im deutschen Bausektor auch noch 2004 und 2005 anhalten (Bauinvestitionen: – 1,5% und – 1%) und dann nur allmählich auslaufen (Ausblick auf 2006: – 0,5%). Die Schrumpfung im Nichtwohnbau (Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau) setzt sich bis 2005 fort, und 2006 muss der Wohnungsbau voraussichtlich erneut Rückschläge verkraften. Mit einer kurzen Unterbrechung (1999) dauert die Talfahrt der deutschen Bauwirtschaft dann schon zwölf Jahre an. Weiterhin sind die neuen Bundesländer von der Baukrise wesentlich stärker betroffen als Westdeutschland. Nach dem bis Mitte der neunziger Jahre anhaltenden Bauboom ist die Anpassung der Baukapazitäten noch nicht abgeschlossen. Die Lösung der strukturellen Probleme dieser auch in Zukunft wichtigen Branche wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Eine Rückkehr zu den früheren Niveaus in den alten Strukturen wird es für die deutsche Bauwirtschaft also auch mittelfristig nicht geben.

Gesamtwirtschaftliches Umfeld und sektorspezifische Determinanten wirken dämpfend auf die Bautätigkeit

Die Annahmen zu den Rahmenbedingungen von Niveau und Struktur der Bautätigkeit basieren auf der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute (Herbstgutachten 2004). Zielvariablen in diesem Beitrag sind primär die Bauinvestitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit Spartendifferenzierung und Bereinigung um den Saldo der Immobilienbestandstransaktionen zwischen den Sektoren Staat und Unternehmen, es wird aber auch auf die Wohnungsfertigstellungen eingegangen. Wegen der großen Unterschiede bei Ausgangslage, Determinantenkonstellation sowie historischen und zukünftigen Entwicklungen wird weiterhin separat für West- und Ostdeutschland analysiert und vorausgeschätzt.

Die Gesamtwirtschaft, speziell aber der Bausektor, profitieren 2004 von einem großen Arbeitstage-Effekt (rund fünf Tage mehr), der 2005 (und 2006) wegfällt. Aus rein »rechnerischen« Gründen ergibt sich daraus eine »belastende« Vorgabe für die Entwicklung der Bautätigkeit. Für die Voraussetzungen der konjunkturellen Entwicklung im deutschen

Bausektor bis 2006 wird außerdem von folgenden Fakten und Prämissen ausgegangen (Auswahl):

- Die Einwohnerzahl Deutschlands ist bis vor kurzem weiter gestiegen (und sie liegt damit über den Ausgangswerten der meisten Bevölkerungsprognosen); in Zukunft ist allerdings mit einer Abnahme zu rechnen. Der Ost-West-Wanderungssaldo dürfte noch größer werden. Die Zahl der Privathaushalte nimmt in beiden Teilgebieten (unterschiedlich stark) auch längerfristig zu. Die Altersstruktur der Bevölkerung verschiebt sich weiter zu den oberen Jahrgangsklassen, und ältere Menschen haben eine andere Konsumstruktur und eine niedrigere, strukturell divergierende Nachfrage nach Bauleistungen. Von der demographischen Entwicklung sind also keine spürbaren Konjunkturimpulse für die Bautätigkeit zu erwarten, allerdings wurde nicht unterstellt, dass der sich ab etwa 2015–2020 beschleunigende Rückgang von Bevölkerung und (zeitversetzt) Haushalten schon jetzt nachhaltig auf die Investitionsneigung durchschlägt.
- Bei nur moderatem, von Risiken überlagertem Wirtschaftswachstum ist keine kräftigere Steigerung der real verfügbaren Einkommen von »Normal«-Haushalten zu erwarten. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit schafft Unsicherheit und drückt auf die Nachfrage nach Bauleistungen, speziell im Wohnungsbau. Die intensivierte Suche nach alternativen Standorten für Teile der Produktion von Waren und zunehmend auch von Dienstleistungen dämpft trotz kräftig steigender Exporte den Wirtschaftsbau. Die »schwächelnden« Steuereinnahmen und die desolante Finanzlage der Gebietskörperschaften, speziell der »bau-gewichtigen« Kommunen, lassen die staatliche Baunachfrage und damit den öffentlichen Bau noch weiter zurückgehen. Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit, also die Bauaufkraft, bleiben für alle Bausparten im Anstieg noch eine Weile begrenzt, obwohl beachtliche Geldbeträge nach lohnenden Anlagen suchen und die Übertragung von Vermögen noch weiter zunimmt.
- Der Preisanstieg bleibt bei Grundstücken und Immobilien niedrig und bei Bauleistungen nahe oder unter null. Die Wohnungs- und Büromieten werden sich wohl erst ab Mitte 2005 stabilisieren. Die bei Wohn- und Wirtschaftsgebäuden deutlich heraufgesetzte Renditeschwelle wird nur mit Mühe und selektiv übersprungen. Die Zinsen bleiben auch mittelfristig weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Erhöhte Unsicherheit sowie weiterhin auf stabile Preise und Zinsen gerichtete Erwartungen führen zu anhaltendem Attentismus. Ein kräftiges Anziehen der (privaten) Baunachfrage in Form einer »Flucht in die Sachwerte« wegen hoher oder kräftig anziehender Inflations- und Wertsteigerungserwartungen ist im gesamten Prognosezeitraum nicht zu erwarten.
- Der fast schon »chronisch« angekündigte Subventionsabbau, insbesondere die absehbare Kürzung der Eigen-

heimzulage, trifft die Bauwirtschaft in einer konjunkturell und strukturell extrem schwierigen Phase. Die Ankündigung hat zu kräftigen Vorzieheffekten bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen geführt, ohne dass verlässliche Informationen darüber vorliegen, ob und wann die zusätzlichen Baugenehmigungen in Baubeginne bzw. steigende Bauleistungen umgesetzt werden. Der soziale Mietwohnungsneubau wird vom ohnehin stark reduzierten Niveau noch weiter zurückgehen. Enge Budgetrestriktionen dämpfen vor allem bei den Kommunen die Bauausgaben. An der Intensität der Staatseingriffe ergeben sich eher graduelle denn prinzipielle Änderungen. Von Public Private Partnerships (PPP) können nur sehr kleine Stabilisierungsbeiträge erwartet werden.

Baukonjunktur in Westdeutschland: Trotz Sondereffekten weiter anhaltender Rückgang ...

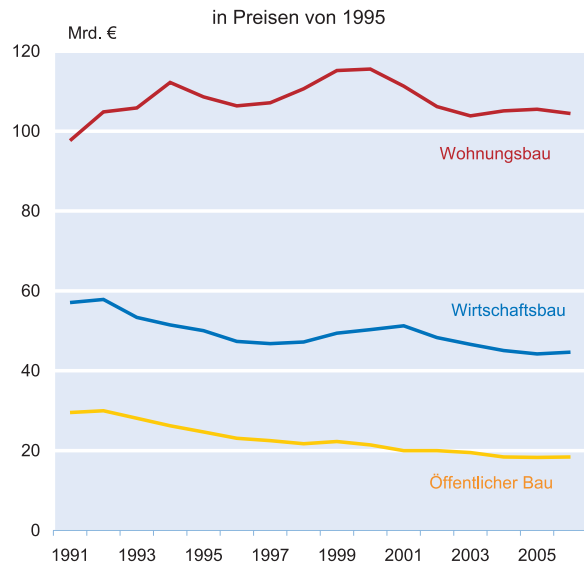
Wohnungsbau: Infolge der Kürzung bzw. drohenden Streichung der Eigenheimzulage ist es 2002 und 2003 im Eigenheimbau, aber auch für Eigentumswohnungen, bei den Baugenehmigungen zu massiven Vorzieheffekten gekommen. Über die Realisierung dieser »Zusatznachfrage« liegen keine wirklich »harten« Daten vor. Alle Prognosen bewegen sich deshalb auf stark »schwankendem« Boden. In die Fertigstellungsprognosen für 2004 und 2005 sind diese Sondereffekte mittels Schätzungen einbezogen. Je stärker sie in diesen Jahren positiv zu Buche schlagen, desto heftiger fällt 2006 der Rückschlag aus. Der Geschosswohnungsbau zieht bei Mietwohnungen fast ungebremst noch weiter nach unten, die Eigentumswohnungen profitieren nur wenig von den Vorzieheffekten. Die gesamten Wohnungsfertigstellungen bleiben 2004 unter 230 000 WE; sie erholen sich 2005 ein wenig, fallen aber 2006 wieder auf rund 225 000 WE zurück. Die Altbauerneuerung (investive Bestandsmaßnahmen) bleibt zwar ein »relativ« stabilisierendes Element, die seit vielen Jahren ziemlich kontinuierliche Aufwärtstendenz bekommt aber wegen der rückläufigen Immobilientransaktionen bei unsicheren Einkommen und hoher Arbeitslosigkeit ziemlich ausgeprägte »Flachstellen«. 2004 und 2005 steigen die realen Wohnungsbauinvestitionen etwas an, aber im Ausblick auf 2006 wird von einem erneuten Rückgang ausgegangen (vgl. Abb. 14).

... und nur allmähliche Stabilisierung auf deutlich reduziertem Niveau

Wirtschaftsbau: Bei wenig »schwungvoller« Inlandsnachfrage und weiterhin unsicheren Absatz- und Gewinnerwartungen sowie fortgesetztem Beschäftigungsabbau in wichtigen Branchen und noch immer unbefriedigender Kapazitätsauslastung sowie Verlagerungen von Produktionslinien ins

Abb. 14

Bauinvestitionen in Westdeutschland 1991 bis 2006^{a)} nach Sparten^{b)}



^{a)} 2004 bis 2006: Prognose des ifo Instituts.

^{b)} Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau bereinigt um den Saldo aus den intersektoralen Käufen/Verkäufen von Bestandsimmobilien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

benachbarte oder entferntere Ausland wird die (investive) Baunachfrage der Unternehmen 2004 und 2005 noch weiter zurückgehen. Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung und bei angestautem Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf könnte zeitverzögert auch der Wirtschaftsbau ab 2006 mit den dann kräftiger steigenden Ausrüstungsinvestitionen wieder zulegen.

Öffentlicher Bau: Nach dem positiven »Ausrutscher« 1999 und anschließenden neuerlichen, ziemlich kräftigen Einbrüchen ist bis 2005 noch keine Stabilisierung auf dem seit langem unbefriedigend niedrigen Niveau zu erwarten. Insbesondere die fast unverändert geringe Finanzkraft der Kommunen verhindert eine Niveaustabilisierung oder gar Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen, wobei der Tiefbau auch in Zukunft etwas besser abschneiden dürfte als der Hochbau. Erst ab 2006 ist wieder mit einem leichten Anstieg der staatlichen Baunachfrage (Neubau und investive Bestandsmaßnahmen) zu rechnen.

Bau insgesamt: Auch 2003 ging es bei den westdeutschen Bauinvestitionen noch weiter nach unten. Trotz der Sondereffekte im Wohnungsbau wird die »Bodenplatte« bis 2006 noch nicht erreicht, das Schrumpfungstempo lässt aber deutlich nach (vgl. Tab. 4). Die unerwartet hartnäckige Baurezession wird nach nochmaliger Zuspitzung bzw. hohen Rückgängen nur ganz allmählich überwunden. Die Zukunftsaussichten bleiben auch in den alten Bundesländern selbst auf mittlere Sicht stark »eingetrübt«.

Tab. 4

**Bauinvestitionen^{a)} in Westdeutschland nach Sparten:
Absolutwerte 2003 und Veränderungsraten 2004 bis 2006**

| | Absolutwert ^{b)} 2003 | Veränderung gegenüber Vorjahr (in %) | | |
|--------------------------------|-----------------------------------|---|------|------|
| | | 2004 | 2005 | 2006 |
| Wohnungsbau | 103,82 | 1,2 | 0,4 | -1,0 |
| Wirtschaftsbau ^{c)} | 46,61 | -3,3 | -1,9 | 1,0 |
| Öffentlicher Bau ^{c)} | 19,49 | -5,6 | -0,5 | 0,5 |
| insgesamt | 169,92 | -0,8 | -0,3 | -0,3 |

^{a)} In Preisen von 1995. – ^{b)} In Mrd. Euro. – ^{c)} Wirtschaftsbau und Öffentlicher Bau bereinigt um intersektorale Käufe/Verkäufe von Land.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Bautätigkeit in Ostdeutschland: Fortsetzung der lange anhaltenden Abwärtstendenz ...

Wohnungsbau: Trotz der (vergleichsweise schwächer ausgeprägten) Vorzieheffekte und weiterhin großem Nachholbedarf bei Wohneigentumsquote und durchschnittlicher Wohnfläche wird der Eigenheimbau weiter zurückgehen, weil Abwanderung und Auspendler die Nachfrage dämpfen, keine ausreichende Kaufkraft aus hohen und steigenden Einkommen vorhanden ist und nur geringe Vermögen zur Verfügung stehen. Für 2005 wird bei den Fertigstellungszahlen in dieser Gebäudekategorie eine schwache »Umkehrreaktion« unterstellt, weil ein Teil der vorgezogenen Genehmigungen realisiert werden dürfte. Dies führt allerdings 2006 zu einem neuerlichen Rückgang. Der Geschosswohnungsbau setzt seinen steilen »Absturz« weiter fort, weil große, wengleich etwas abgeschmolzene Leerstände in Platten- und Altbeständen auf den Markt und die Renditen drücken und die Zahlungsfähigkeit nur wenig zunimmt. Die gesamten Wohnungsfertigstellungen stabilisieren sich ab 2005 auf extrem niedrigem Niveau (von knapp unter 30 000 WE); sie erreichen nur noch weniger als ein Fünftel ihres nach der Wende realisierten Spitzenwertes (1997: fast 180 000 WE). Die werterhöhende Altbauerneuerung ist selbst mit den (längst nicht mehr so »üppigen«) Fördermaßnahmen nur noch eine schwache Stütze, und die investiven Baumaßnahmen im Wohnungsbestand können trotz der Flutschädenbeseitigung das »Neubauloch« bei weitem nicht auffüllen. Der Einbruch bei den Wohnungsbauinvestitionen wird sich in diesem und vor allem im nächsten Jahr wegen der diversen Sondereffekte verlangsamen, und 2006 könnte es fast zu einer Niveaustabilisierung reichen (vgl. Abb. 15).

... mit allenfalls »nebulös« erkennbaren Widerstandslinien

Wirtschaftsbau: Durch die Zusatzmittel zur Beseitigung der Flutschäden (Deutsche Bahn u.a.) wurde nur in geringem

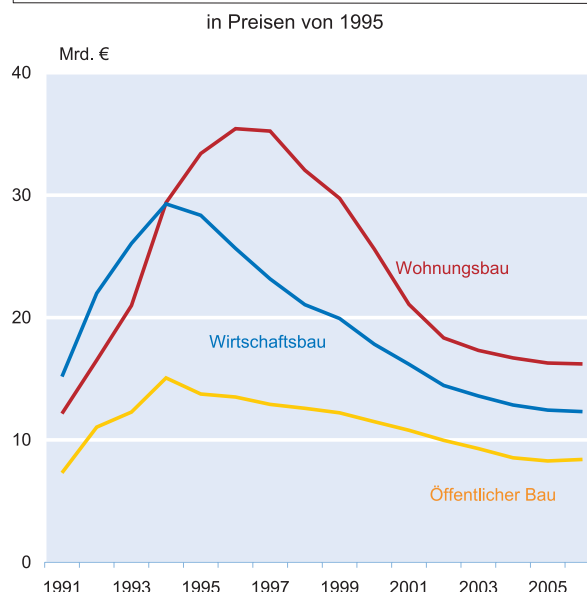
Umfang zusätzliche »wernerhöhende« Baunachfrage ausgelöst. Infolge der schwachen Ausweitung der Produktion dürfte der Rückgang der investiven Baunachfrage der Unternehmen 2004 wenig gebremst anhalten; 2005 und 2006 ist mit einer weiteren Abschwächung zu rechnen. Selbst wenn das Bruttoinlandsprodukt mittelfristig wieder stärker zulegen sollte, wird es voraussichtlich noch nicht zu einer Stabilisierung des Wirtschaftsbaus reichen, weil ausreichend große Reserveflächen vorhanden sind und aktiviert werden können.

Öffentlicher Bau: Die nur recht zögerlich »abgeflossenen« Mittel zur Beseitigung der großen Flutschäden, die außerdem zum Teil »kompensatorisch« eingesetzt wurden, brachten bei den Bauinvestitionen des Staates allenfalls eine leichte Abflachung der weiter vorherrschenden Negativtendenz. Für 2005 muss aber auf dem niedrigen Niveau nicht mehr mit ganz so hohen Rückgängen im öffentlichen Bau gerechnet werden, und 2006 könnte es sogar zu einem leichten Plus reichen.

Bau insgesamt: Bei den aggregierten ostdeutschen Bauinvestitionen geht es 2004 trotz der diversen Sondereffekte (»vorgezogener« Eigenheimbau, »Flutgelder« und Arbeitstageeffekt) weiter und selbst 2005 nur wenig verlangsamt

Abb. 15

Bauinvestitionen in Ostdeutschland 1992 bis 2006^{a)} nach Sparten^{b)}



^{a)} 2004 bis 2006: Prognose des ifo Instituts.

^{b)} Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau bereinigt um den Saldo aus den intersektoralen Käufen/Verkäufen von Bestandsimmobilien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Tab. 5
Bauinvestitionen^{a)} in Ostdeutschland nach Sparten:
Absolutwerte 2003 und Veränderungsraten 2004 bis 2006

| | Absolutwert ^{b)} 2003 | Veränderung gegenüber Vorjahr (in %) | | |
|--------------------------------|-----------------------------------|---|------|------|
| | | 2004 | 2005 | 2006 |
| Wohnungsbau | 17,31 | -3,5 | -2,5 | -0,5 |
| Wirtschaftsbau ^{c)} | 13,60 | -5,5 | -3,2 | -1,0 |
| Öffentlicher Bau ^{c)} | 9,29 | -8,1 | -3,0 | 1,5 |
| insgesamt | 40,20 | -5,2 | -2,8 | -0,2 |

a) In Preisen von 1995. – b) In Mrd. Euro. – c) Wirtschaftsbau und Öffentlicher Bau bereinigt um intersektorale Käufe/Verkäufe von Land.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

bergab. Erst im Ausblick auf 2006 zeichnet sich eine Stabilisierung ab (vgl. Tab. 5), was aber nicht bedeutet, dass damit schon eine nachhaltige Trendwende nach oben eingeleitet wird. Der Normalisierungsprozess und die Struktur- anpassungskrise mit Kapazitätsabbau werden also insbesondere im Bausektor Ostdeutschlands noch weiter andauern.

Baukonjunktur in Deutschland: Nach überaus hartnäckiger Flaute ...

Wohnungsbau: Das Jahresergebnis im Eigenheimbau wird bei den Fertigstellungen 2004 den Vorjahreswert in etwa halten können. Diese Gebäudekategorie behält also dank der Vorzieheffekte ihre relative Stabilisierungsrolle. Diese Sonder- effekte lassen die Fertigstellungszahlen 2005 sogar leicht ansteigen, es folgt aber ein – hiervon bestimmter – neuerlicher Rückgang. Das größere »Sorgenkind« bleibt kurz- und mittelfristig der Geschosswohnungsbau, weil die zyklische Gegenreaktion voraussichtlich verzögert erfolgen und schwächer als früher bzw. als üblich ausfallen wird. 2005 sind minimal höhere (insgesamt rund 265 000 WE), danach zunächst leicht sinkende oder allenfalls stabile Fertigstellungszahlen zu erwarten. Von der bis 2000 übertroffenen politischen Zielmarke 400 000 WE pro Jahr bleiben die gesamten Wohnungsfertigstellungen damit bis 2006 ein Riesenstück entfernt. Selbst mit den in beiden Landesteilen reduzierten Zuwächsen bzw. zeitweiligen Rückgängen bleibt die Altbauerneuerung wesentliche Stütze der investiven Wohnungsbautätigkeit im Prognosezeitraum (und darüber hinaus). Vom Neubau kommen zwar »Zwischenimpulse«, eine klare Trendumkehr ist aber noch nicht in Sicht. Die seit 2000 massiv rückläufigen Wohnungsbauinvesti-

tionen erholen sich 2004 nur geringfügig und halten dann nur »mühsam« dieses Niveau. Ein neuerlicher Wohnungsbauboom als Motor des Aufschwungs im Bausektor und in der Gesamtwirtschaft zeichnet sich für die nächsten Jahre nicht ab.

... nur ganz allmähliche Stabilisierung und weiterhin massive Strukturprobleme

Wirtschaftsbau: Nach beschleunigtem Rückgang in 2002 und (nur wenig schwächer) in 2003 sinkt die investive Bautätigkeit des Unternehmenssektors 2004 und 2005 im Jahresvergleich noch weiter, obwohl der Osten nicht mehr ganz so stark

nach unten zieht. Der Anstieg des Wirtschaftsbaus bleibt 2006 voraussichtlich ziemlich klein, obwohl die Produktion in den übrigen Wirtschaftsbereichen bzw. die Beiträge der sonstigen BIP-Verwendungsaggregate, insbesondere die Konsumausgaben der Privathaushalte, wieder rascher ausgeweitet werden.

Öffentlicher Bau: Trotz der zusätzlichen »Flutgelder« und des Arbeitstageeffekts werden die staatlichen Bauinvestitionen 2004 sogar beschleunigt absinken, weil die Finanzschwäche des Staates zu weiteren Kürzungen der Bauausgaben zwingt. Auch für 2005 ist mit einem (allerdings deutlich schwächeren) Rückgang zu rechnen, aber 2006 dürfte es zu etwas mehr als einer »schwarzen Null« reichen. Das Niveau bleibt in dieser Bausparte weiterhin sehr niedrig und hinter den gesellschaftlichen und ökonomischen Anforderungen an einen »angepassten« Ausbau und die (Substanz-)Erhaltung der Infrastruktur deutlich zurück.

Bau insgesamt: Bei den aggregierten Bauinvestitionen ist 2004 von einem nochmaligen, wenngleich nicht mehr ganz

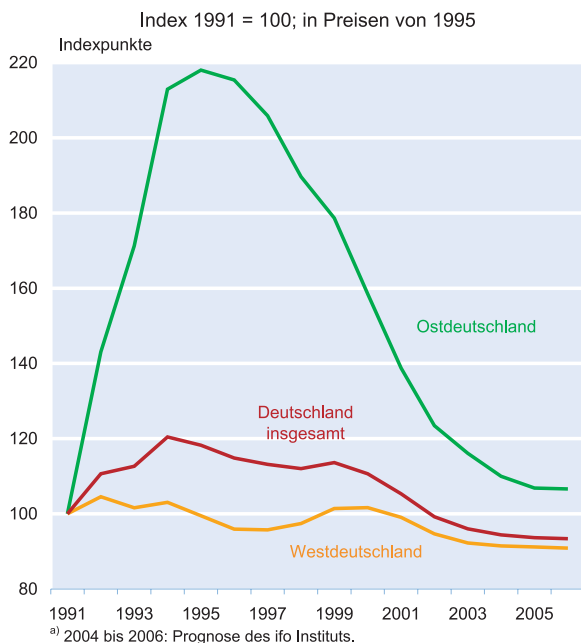
Tab. 6
Bauinvestitionen^{a)} in Deutschland nach Sparten:
Absolutwerte 2003 und Veränderungsraten 2004 bis 2006

| | Absolutwert ^{b)} 2003 | Veränderung gegenüber Vorjahr (in %) | | |
|--------------------------------|-----------------------------------|---|------|------|
| | | 2004 | 2005 | 2006 |
| Wohnungsbau | 121,13 | 0,5 | 0,0 | -1,0 |
| Wirtschaftsbau ^{c)} | 60,21 | -3,8 | -2,2 | 0,6 |
| Öffentlicher Bau ^{c)} | 28,78 | -6,4 | -1,3 | 0,8 |
| insgesamt | 210,12 | -1,7 | -0,8 | -0,3 |

a) In Preisen von 1995. – b) In Mrd. Euro. – c) Wirtschaftsbau und Öffentlicher Bau bereinigt um intersektorale Käufe/Verkäufe von Land.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Abb. 16

Bauinvestitionen in (West- und Ost-) Deutschland 1991 bis 2006^{a)}


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

so kräftigen Rückgang auszugehen (- 2%). Teilweise als Gegenreaktion auf die drei angesprochenen Sondereffekte wird es 2005 – trotz gesamtwirtschaftlicher Belebung – voraussichtlich noch nicht ganz zu einer Stabilisierung reichen (- 1%). Der Bausektor dämpft also weiterhin den ohnehin nicht sonderlich dynamischen Konjunkturaufschwung in Deutschland; seine Bremswirkung bleibt voraussichtlich auch noch 2006 bestehen (- 0,5%; vgl. Tab. 6). In der Indexbetrachtung der Entwicklung der realen Bauinvestitionen in den beiden Teilgebieten (1991 = 100; vgl. Abb. 16) setzt sich die Annäherung der Kurven zwar weiter fort, die »Ost-West-Baulücke« wird aber selbst im Ausblick auf 2006 (noch) nicht ganz geschlossen. Für Deutschland insgesamt ergibt sich seit 1994 (etwas über 120 Indexpunkte) und noch bis 2006 eine fast ununterbrochene Abwärtstendenz bis auf etwa 93 IP.

Fazit: Nach der Baukrise keine Rückkehr zu alten Strukturen und früheren Niveaus

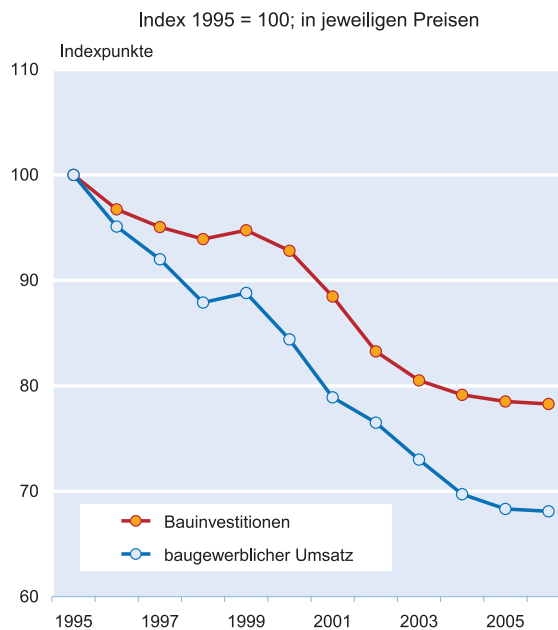
Vom sich abzeichnenden Einschwenken der Gesamtwirtschaft auf einen etwas steileren, aber sehr labilen Wachstumspfad dürfte der seit über einem Jahrzehnt krisengeschüttelte Bausektor erst mit großer zeitlicher Verzögerung profitieren. Die wichtigsten Einflussfaktoren signalisieren – gerade auch in den »stabilen« Erwartungen – eine weiter anhaltende Zurückhaltung bei (fast) allen Investorengrup-

pen und damit in allen Bausparten. Die überaus hartnäckige Baurezession dämpft also weiterhin den ohnehin nicht sonderlich dynamischen Konjunkturaufschwung in Deutschland. Dabei wird mit der Verwendung der Variablen »Bauinvestitionen« in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) die Branchenentwicklung noch relativ »schön« dargestellt, weil in diese Variable viele Bestandteile eingehen, die konjunkturell nur vergleichsweise geringe Schwankungen aufweisen (z.B. staatliche Leistungen), insbesondere aber, weil Eigenleistungen und auch Schwarzarbeit (mit steigenden Werten) hinzugeschätzt werden.

Wie unterschiedlich die Entwicklungen im Vergleich mit dem eigentlichen »Baugeschäft« dadurch verlaufen, verdeutlicht die Index-Darstellung der Bauinvestitionen und der baugewerblichen Umsätze des Bauhauptgewerbes (vgl. Abb. 17): Auf der Basis 1995 (also vom Höhepunkt des Baubooms) ergibt sich bis 2003 eine »Lücke« von rund 7,5 Indexpunkten, die sich bis 2006 auf über 10 IP vergrößern dürfte. Die Stabilisierung könnte allerdings im Rohbau und damit im Bau(haupt)gewerbe früher einsetzen und etwas markanter ausfallen.

Der Bauanteil am Bruttoinlandsprodukt, der 1997 noch bei rund 12,5% und 2000 bei über 11,8% gelegen hat, erreichte 2003 nur noch etwa 9,1%; er wird bis 2006 noch weiter zurückgehen (auf deutlich unter 9%). Die Bauinvestitionen pro Einwohner fielen in den neuen Ländern im Wohnungs-

Abb. 17

Bauinvestitionen und baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe 1995 bis 2006


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

bau bereits 2001 wieder und sie fallen bis 2006 noch stärker unter das Westniveau. Im Nichtwohnbau (Wirtschaftsbau und vor allem öffentlicher Bau) bleiben sie aber noch eine Reihe von Jahren wesentlich höher (West-Ost-Vergleich für 2003: Wohnungsbau rund 1 500 zu 1 200 €, Nichtwohnbau etwa 1 000 zu 1 500 € pro Einwohner).

Der enorm große Anpassungsdruck auf Unternehmen und Beschäftigte des gesamten Baugewerbes und der von diesem Sektor »abhängigen« Wirtschaftszweige bleibt in den nächsten Jahren bestehen. Die Struktur der ganzen Branche (Beschäftigte und Unternehmen; ausländische Wettbewerber; General- und Subunternehmer; Anteil der Baupartnen und der Bauleistungskategorien usw.) hat sich schon massiv verändert; dieser Prozess wird noch weiter anhalten.

Ein Ende des Kapazitätsabbaus ist im Bausektor auch auf mittlere Sicht nicht zu erwarten. Im Inland werden vielmehr in der ganzen »Baukette« die Kapazitäten weiter reduziert werden müssen. Ausländische und inländische Wettbewerber (Unternehmen; ICH-AG's; legale und illegale Arbeitskräfte) werden auch in Zukunft in beträchtlich großer Zahl auf den Markt drängen. Die (»reguläre«) Zahl der Erwerbstätigen im deutschen Baugewerbe (Bauhaupt- und Ausbaugewerbe), die 1995 noch bei fast 3,25 Mill. und 2000 bei rund 2,75 Mill. gelegen hatte, dürfte bis zur Mitte dieser Dekade auf unter 2 Mill. absinken. Eine vom »normalen« zyklischen Auf und Ab bestimmte Rückkehr zu den früher realisierten Niveaus wird es aller Voraussicht nach – mit Sicherheit in Ost-, voraussichtlich aber auch in Westdeutschland – nicht geben. Wachstumsimpulse für die Gesamtwirtschaft sind vom Bausektor in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungsbereich

Dienstleistungen konjunkturanfälliger als früher

Gernot Nerb

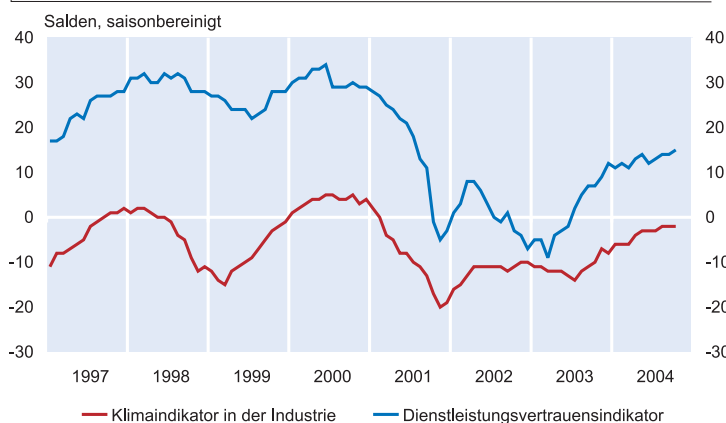
Die gegenüber den sechziger, siebziger, achtziger und auch über weite Strecken der neunziger Jahren heute größere Konjunkturanfälligkeit des Dienstleistungssektors ist ein international zu beobachtendes Phänomen. Dies sei demonstriert am Beispiel der EU15, d.h. der Europäischen Gemeinschaft vor Eintritt der zehn neuen Mitgliedsländer zum 1. Mai 2004. In Abbildung 18 sind die jeweils aus nationalen Unternehmensumfragen – wie dem ifo Konjunkturtest für Deutschland – konstruierten Vertrauensindikatoren für den Dienstleistungssektor und für das verarbeitende Gewerbe (Industrie) zusammengestellt. Wie aus dieser Abbildung hervorgeht, wies der Dienstleistungssektor im Zeitraum 1997–2000 wesentlich geringere konjunkturelle Schwankungen auf als die europäische Industrie, die in dieser Zeit spürbar unter der Asien- und Russlandkrise gelitten hat. Der konjunkturelle Abschwung 2001/2002, der stark vom Platzen der Spekulationsblasen in der »New Economy« und auf den Aktienmärkten geprägt war, wirkte sich dagegen im Dienstleistungssektor sogar noch stärker aus als in der Industrie.

Verantwortlich hierfür ist einmal der Finanzdienstleistungssektor, der infolge der Turbulenzen auf den Aktienmärkten und der breiten Pleitewelle im Unternehmenssektor mit gewaltigen Problemen zu kämpfen hatte. Die im Frühjahr 2003 einsetzende konjunkturelle Erholung schlug sich ebenfalls schneller und ausgeprägter in den Frühindikatoren des Dienstleistungssektors als in denen der Industrie nieder. Hierbei dürfte auch eine erhebliche Rolle gespielt haben, dass Industriefirmen wieder in größerem Umfang Dienstleistungsfunktionen auslagerten, die sie in den Krisenzeiten 2001/2002 vorübergehend wieder in ihr Unternehmen zurückgeholt hatten, um die eigenen Personalkapazitäten besser auszulasten. Die deutliche konjunkturelle Besserung im europäischen Dienstleistungssektor seit Frühjahr 2003, die allerdings im Jahresdurchschnitt nur ein bescheidenes Umsatzplus ergab, hängt zu einem erheblichen Teil damit zusammen, dass vor allem die Finanzdienstleister dank expansiver Geldpolitik und sich erholender Aktienmärkte das tiefe Konjunkturtal allmählich hinter sich lassen konnten.

Einen Anhaltspunkt hierfür geben die Konjunkturtestergebnisse aus dem bayerischen Finanzdienstleistungssektor, den das ifo Institut probeweise seit dem Jahre 2000 zusammen mit der Deutschen Bundesbank in quartalsmäßigem Abstand durchführt. Auf europäischer Ebene werden bisher die Ergebnisse für das Finanzgewerbe noch nicht

Abb. 18

Indikatoren im Vergleich (EU 15)



Quelle: EU Kommission.

gesondert ausgewiesen; auch für Deutschland insgesamt gibt es noch keine repräsentativen Umfragedaten für diesen Sektor. Wie aus den Ergebnissen des bayerischen Finanzdienstleister-Konjunkturtests mit über 800 Teilnehmern hervorgeht, haben sich dort die Geschäftslage und die Geschäftsaussichten im Laufe des zweiten Halbjahres 2003 deutlich verbessert. Seit Jahresanfang 2004 hat sich dieser konjunkturelle Erholungsprozess jedoch wieder deutlich abgeschwächt (vgl. Abb. 19). Im Bankensektor wie auch im Dienstleistungssektor insgesamt – sowohl auf deutscher wie auf europäischer Ebene – tendieren seitdem die Frühindikatoren seitwärts, was auf eine deutliche Tempoverlangsamung im konjunkturellen Erholungsprozess schließen lässt.

Aus heutiger Sicht spricht viel dafür, dass es sich hierbei um eine »Delle« im Aufschwung und nicht bereits um den Beginn eines erneuten Abschwungs nach nur kurzer Erholung handelt. Aus früheren Aufschwüngen wissen wir, dass kon-

junkturelle Erholungen häufig schubartig erfolgen und von Phasen geringeren Wachstums oder sogar vorübergehender Stagnation unterbrochen werden. Insgesamt erwarten wir sowohl bei den mehr konsumorientierten Dienstleistungen als auch bei den mehr unternehmensorientierten Dienstleistungen im Durchschnitt des Jahres 2004 wie auch in den beiden Folgejahren eine Fortsetzung des Aufwärtstrends.

Im Folgenden soll detaillierter anhand der ifo Konjunkturumfrage-Ergebnisse auf die Entwicklung in ausgewählten Dienstleistungsbranchen in Deutschland eingegangen werden.

Verhaltene Entwicklung im Bereich der DV-Dienstleistungen

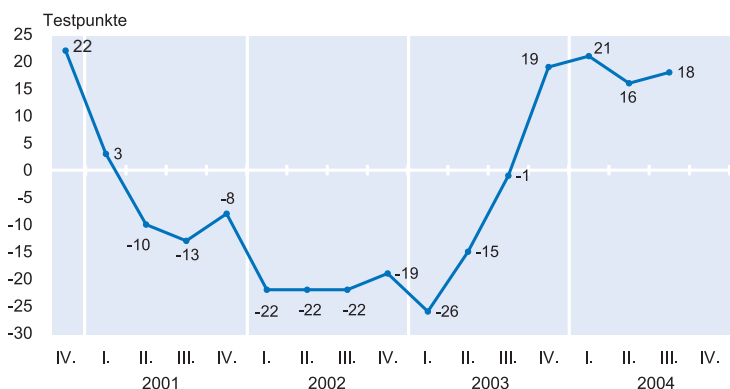
Joachim Gürtler

Die Konjunkturschwäche in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche war hartnäckiger als zunächst angenommen. Nach Einschätzung des Branchenverbandes BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien, Berlin) schrumpften die nominalen Umsätze 2002 und 2003 um 2,4 bzw. 1,0%, die Beschäftigung verringerte sich im gleichen Zeitraum um 6 bzw. 4%. Das nominale Umsatzvolumen betrug im vergangenen Jahr rund 41 Mrd. €.

Die deutschen Software- und DV-Dienstleistungsunternehmen haben zwar die Talsohle der vergangenen Jahre durchschritten, die Erholung kommt aber nur mühsam voran. Nach vier Anstiegen in Folge tritt der ifo Geschäftsklimaindex seit Anfang 2004 mehr oder weniger auf der Stelle. Den Hoffnungen auf eine kräftige Belebung ab der Jahresmitte 2004 haben die aktuellen Umfrageergebnisse einen Dämpfer erteilt. Die Geschäftslage verbesserte sich freilich seit dem Tiefpunkt im Herbst 2002 von per saldo – 27% auf + 1% im ersten Vierteljahr 2004, im zweiten Berichtsquartal konnte sich der Geschäftsverlauf nur noch knapp auf dem zufriedenstellenden Niveau behaupten. Bei den Geschäftserwartungen macht sich offenbar eine gewisse Vorsicht breit, das Vertrauen in die kommende Geschäftsentwicklung hat sich zwar auf dem erreichten hohen Niveau weiter behauptet, eine weitere Aufhellung war nun aber nicht mehr zu beobachten, und auch die Pers-

Abb. 19

Geschäftsklima^{a)} im bayerischen Finanzgewerbe



^{a)} Geometrisches Mittel aus Geschäftslage und Geschäftserwartungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank; HV München und ifo Institut.

pektiven hinsichtlich der künftigen Umsatzentwicklung wurden zur Jahresmitte 2004 nicht mehr ganz so rosig gesehen. Dieses Votum lässt nur den Schluss zu, dass sich der Erholungskurs in der DV-Branche nur verlangsamt fortsetzen wird.

Bei den großen DV-Dienstleistungsanbietern (Unternehmen ab 50 Mill. € Umsatz pro Jahr) ist die Schwächephase offenbar überwunden, die konjunkturelle Erholung dürfte an Fahrt gewinnen. Nachfrage und Umsätze zogen in der ersten Jahreshälfte 2004 spürbar an, die Auftragsbücher füllten sich, und auch die Erwartungen wurden sichtlich nach oben korrigiert. Die kleineren Unternehmen der Branche schleppen sich dagegen nur mühsam aus der Talsohle, der Bestelleingang war weiter rückgängig, die Umsätze verfehlten auf breiter Front die Vorjahresergebnisse.

Der Abwärtstrend der Beschäftigung ist in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche noch nicht zum Stillstand gekommen: 2002 gingen rund 22 000 Arbeitsplätze verloren, 2003 wurden etwa 13 000 Stellen gestrichen. Positiv ist allenfalls zu sehen, dass der Beschäftigungsabbau nun doch allmählich auslaufen wird. Bei den Beschäftigungserwartungen für die nächsten Monate hielten sich positive und negative Stimmen knapp die Waage. Etwas günstiger sieht das Bild bei den größeren Betrieben aus, hier wird sogar schon wieder ein leichter Zuwachs erwartet. Bei den kleineren Betrieben blieben die Unternehmer dagegen zugeknöpft, hier überwogen per saldo immer noch die pessimistischen Stimmen.

Zurückhaltende Geschäftserwartungen in der Versicherungswirtschaft

In enger Zusammenarbeit mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft führt das ifo Institut seit Ende 1999 einen vierteljährlichen Konjunkturtest im Versicherungsgewerbe durch. Die deutsche Versicherungswirtschaft konnte auch im vergangenen Jahr – trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation und den Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten – auf ein gutes Geschäftsjahr zurückblicken. Die Beitragseinnahmen wuchsen 2003 um 4,9% nach 4,4% in 2002.

Die Indikatoren des ifo Konjunkturtests zeigen die positive Entwicklung im vergangenen Jahr, seit dem Jahreswechsel 2003/04 hat aber der Geschäftsklimaindex von Quartal zu Quartal nachgeben. Die Eintrübung ist dabei ausschließlich auf eine vorsichtigeren Einschätzung der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zurückzuführen. Die Urteile zum jeweils aktuellen Geschäftsverlauf fielen dagegen unverändert günstig aus. Spartenmäßig hat vor allem die Schaden- und Unfallversicherung sowie die private Kran-

kenversicherung zu diesem Stimmungsbild beigetragen. In der Lebensversicherung tritt das Geschäftsklima dagegen seit drei Quartalen mehr oder weniger auf der Stelle. Das Neugeschäft hat sich verlangsamt, weniger Unternehmen als zuvor berichteten über gestiegene Beitragseinnahmen, und auch die hoffnungsvollen Erwartungen bezüglich der künftigen Beitragsentwicklung haben sich sichtlich abgeschwächt.